

# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Wesenspreis** monatlich 1,80 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1,60 Mark. Geschiedt wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2014. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Saul Weber, G. m. b. H., Bernauerstraße für Heft und Vierteljahr, L. B. B. Kindermann, für den totalen Zeit-Vertrag, für Heft und Vierteljahr, für Heft und Vierteljahr, für Heft und Vierteljahr.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Solonzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2014), Postfach 20, Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Eitingerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 140

Freitag, den 17. Juni 1932

7. Jahrgang

## Die ersten Besprechungen.

Macdonalds Eröffnungsrede. — Papen bei Macdonald und Herriot. — Zahlungspause soll kommen.

Causanne, 16. Juni. (Eig. Drahtf.)

Um 10 Uhr heute vormittag fand im würdig ausgeschmückten Festsaal des Hotel Beau Rivage die feierliche Eröffnungsfeier der Kaufmanns-Konferenz statt. Macdonalds Eröffnungsrede zeigte deutlich, daß sich der Stoff der Beratungen auf Reparationen und Weltwirtschaftsfragen beschränken wird. Sie gab die Bereitschaft der Gläubigerländer zu verstehen, auch unter Opfern auf Zahlungen Deutschlands zu verzichten und stellte als Preis des Verzichts in allgemeiner Form den Anspruch auf eine politische Ruheperiode auf, die wohl hauptsächlich ein Verzicht Deutschlands darstellen soll, für eine bestimmte Zeit auf seine Restschulden zu verzichten.

Macdonald zum Präsidenten der Konferenz zu wählen; unter starkem Beifall erfolgte die Wahl einstimmig. Seine große Programmvorrede begann Macdonald mit der Feststellung, die Augen der ganzen Welt seien wie niemals zuvor auf diese Konferenz gerichtet in der Hoffnung auf Verhängung der Krise. Man sehe nahe vor einer Weltkatastrophe. Nichts sei kleiner als die Welt, nichts geringer als ein Schritt, das rundum zusammenstürze. In dieser Krise seien Frankreich, Italien, Deutschland, Amerika, England nicht vom Welt der Welt ausgeschlossen. Habe man fester eine Politik verfolgt, würde die einfachsten Wirtschaftsverträge erfüllt habe, so würde die gesunde Welt nicht umgestürzt und ohne Zögern zu helfen bereit sein und zur Verpflichtung, den Preis zu zahlen, den diese Verträge gefordert hätten. Leber eine der Ursachen des Niedergangs, die finanzielle Erschöpfung des Krieges, soweit sie Rückwirkung auf die Weltwirtschaft habe, müsse man zu einer Verständigung kommen. Macdonald unterließ die Feststellungen der Baseler und Genfer Sachverständigen-Gutachten, die eine rasche Lösung der Reparationsfrage als unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung bezeichnet haben. Es handelt sich nicht nur um ein technisches, sondern um ein Problem weltweiter Prinzipien. Ein Prinzip dränge sich allen Teilnehmern auf, nämlich daß Verpflichtungen nicht einseitig aufgesetzt werden könnten.

Wenn aber Zahlungsunfähigkeit vermieden werden sollen, so müsse durch Verständigung festgelegt werden, daß alle Verpflichtungen unaufhebbar geworden seien. Bei jeder Forderung müsse jede Partei den tatsächlichen Umständen Rechnung tragen.

Unter diesen Vorzeichen handele es sich nicht nur um die Feststellung, ob Pläne unerträgliche Lasten ausgesetzt hätten, sondern auch, in welchem Maße sie durch ihre wirtschaftliche und finanzielle Schwere zu dem beklagenswerten Zustand der heutigen Welt beigetragen hätten.

Die Arbeit der Konferenz müsse auch die Einflüsse umfassen, die an der Zerschlagung arbeiteten. Europa müsse hierin nicht allein handeln und man müsse die Versicherung begrüßen, daß nach Beendigung der jetzigen Phase der Arbeiten die Vereinigten Staaten die Konferenz ermutigt hätten zum Glauben an ihre Mitarbeit an einigen der größten Probleme. In Causanne könne kein voller Erfolg möglich sein ohne den Erfolg der Brüßler Konferenz. Es gelte eine Periode der dauerhaften politischen Ruhe herzustellen, in der die Völker nach Regelung ihrer inneren Angelegenheiten nicht mehr durch die Furcht vor Krieg und Kriegsgefahr verunsichert werden könnten. In einem Punkte der Konferenzverhandlungen werde vermutlich die Frage angepaßt werden müssen. Die Völker warteten sehr darauf, selbst unter großen Opfern herauf dem Stufe der Konferenz zu folgen. Er sehe daher die Konferenz an, nichts zu fürchten außer der Schwäche. (Stürmischer Beifall.)

Die Konferenz möchte einstimmig Sir Hantay zu ihrem Generalsekretär. Heute nachmittag wird eine erneute Beratung der sechs einladenden Mächte das Arbeitsprogramm für die erste Arbeitssitzung morgen früh aufstellen.

### Verlängerung des Moratoriums.

Der Entwurf einer Entschliessung.

Paris, 17. Juni. (Eig.) Wie Parisien und das „Echo de Paris“ aus Causanne melden, haben sich die französischen und die englische Delegation über einen von Sir Ven Simon ausgearbeiteten Entschliessungsentwurf geeinigt, der der Konferenz zur Annahme empfohlen werden soll. Der Entwurf ist von den Franzosen und Engländern bereits am Donnerstag dem Delegationsführer von Papen sowie den Vertretern Italiens, Belgien und Polens unterbreitet, während die übrigen Delegationen am Freitag von ihnen in Kenntnis gesetzt werden sollen.

Nach dem Parisien hat von Papen ihn noch nicht unterzeichnet, aber man glaubt, daß die deutsche Delegation sich seiner Annahme nicht widersetzen werde. Er umfaßt eine knappe



Die Delegationsführer im Schloßhotel von Dagh.

Von links nach rechts: Reichsaussenminister von Neurath, der italienische Finanzminister Rosconi, Reichsfinanzler von Papen, der englische Premierminister Macdonald und der französische Ministerpräsident Herriot.

Schreibmaschinenzeit und besteht aus 7 Paragraphen. Die wichtigste Bestimmung lautet nach dem „Reit Parisien“: Angefichts des Ernstes der wirtschaftlichen Lage der Welt und der Dringlichkeit, in einer möglichst kurzen Frist eine Lösung zu finden, und um als Einzeltat eine allgemeine Regelung zu erreichen, vereinbaren die Mächte, daß die von den beteiligten Regierungen gestundeten Zahlungen aufgeschoben werden. Es ist selbstverständlich, daß die Zahlung der Zinsen der Dawes- und Younganleihe weiterhin durchgeführt wird.“

Der „Reit Parisien“ bemerkt dazu, daß diese Entschliessung im Falle einer Annahme durch die Konferenz ein endgültiges Abkommen zwischen den europäischen Staaten bedeute und für die Vereinigten Staaten eine Art moralische Verpflichtung darstelle, später diesem Abkommen beizutreten.

Das „Echo de Paris“ ist von dem Entwurf nicht begeistert. Folgend kommentiert ihn in einem Telegramm aus Causanne: „Es ist ein wahres Glück für Macdonald und für die Deutschen, daß nicht ein Mann wie Voltaire Frankreich auf die Konferenz vertreten hat. Er hätte förmlich verlangt, daß die Konferenz wenigstens als Ausgangspunkt der Debatte den Youngplan und den Bericht der Baseler Sachverständigen nimmt. Herriot verhält sich wie jene Rechtsanwältin, in den Schwurgerichtsverhandlungen, die zu den Geschworenen sagen: Schließt die Strafgesetzbücher! und die an die Richter, die Ehrlichkeit und die Verzeihung der Geschworenen appellieren. Ich weiß wohl, daß nach dem französisch-englischen Text die Rechte aller Mächte vorbehalten sind. Aber das ist nur eine stillschweigende Klausel. In dem ersten Entwurf war die Unantastbarkeit der ungeschuldeten deutschen Zahlungen nicht vollkommen mit Schwelgen übergegangen worden. Diese Stelle ist in dem letzten Entwurf verschwunden.“

### Besuche der Delegationsführer.

Papen bei Herriot und Macdonald.

Causanne, 16. Juni. (Eig. Drahtf.) Wieder haben am Donnerstag nachmittag die sechs einladenden Mächte eine vorläufige Besprechung abgehalten, die dem Programm der ersten Vollversammlung am Freitag folgt. Zunächst werden die Sitzungen vertraulich bleiben, bis ein gemeinsamer Vorschlag zu überlegen ist. Später wird dann die erfolgte Verständigung in öffentlichen

Sitzungen dargelegt und beschlossen werden. Bezeichnend ist die offizielle Feststellung, daß keinerlei fertiges Projekt bisher vorhanden sei und alle Vorschläge angelehnt durch die ausgesprochenen Form gemindert seien. Als Programm für Freitag wurde vereinbart, daß zuerst der deutsche Reichsstaatsminister eine ausführliche Darstellung der deutschen Auffassung geben wird. Nach ihm werden Herriot, der englische Finanzminister Chamberlain, Grand und ein Vertreter der deutschen Presse und Generalsekretär sein bereits am Freitag zum Abschluß gebracht und die Einzelberatung am Samstag und Sonntag in Angriff genommen werden. Reichsfinanzler von Papen berichtete der deutschen Presse über seine am Donnerstag stattgefundenen Besuche bei Herriot und Macdonald. Zweck dieser Besuche ist die Darstellung der innenpolitischen Lage Deutschlands, insbesondere der letzten Ereignisse gemessen, die zur Bildung seines Kabinetts und dessen ersten Verhandlungen geführt hätten. Ferner habe er die innen- und außenpolitischen Ziele seiner Regierung ausführlich dargelegt, damit, wie er wörtlich betonte, kein Zweifel darüber bei den Herren herrsche. Er erklärte sich bereit, über seine freundliche Aufnahme. Auf dem Höhepunkt von Neurath setzte mit den Engländern seine besondere Besprechungen fort und nahm teil bei Herriots Gespräch beim Reichsstaatsminister. Herriot habe, wie Neurath erklärte, weitgehendes Verständnis für Deutschlands Schwierigkeiten gezeigt, wobei er aber in der Lage sein werde, bei der Endlösung entgegenzukommen, lasse sich noch nicht sagen. Am übrigen letzten sich die gegenseitigen Besuche der Delegationsführer den ganzen Tag über fort. Herriot und Macdonald, die einer privaten Mitteilung zufolge von den am Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen keinen so günstigen Eindruck hatten, empfingen ihre Presse nicht.

### Frankreichs Briefe zur Konferenz.

Paris, 16. Juni. (Eig. Drahtf.) Der nationalfranzösische „Temps“ schreibt zu der Eröffnung der Kaufmanns-Konferenz: „Entweder wird die Konferenz scheitern, was für die ganze Welt sehr ernst sein würde, oder sie wird sich den wahren Möglichkeiten des Augenblicks anpassen. Diese scheinen in einem provisorischen Moratorium von kurzer Dauer zu bestehen, das es erlauben soll, die technische Prüfung der Lage durch eine Studienkommission vornehmen zu lassen, die die Reparationsfrage im Rahmen der wirtschaftlichen Reorganisation Europas behandeln

wird. Man beginnt sich allmählich darüber Rechenschaft abzulegen, daß die Reparationen, die Unterfertigung für die Donauländer und die durch die allgemeine Krise hervorgerufene Not miteinander zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen. Das ganze europäische Problem wird also unter seinen verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten aufgearbeitet. An seine Lösung wird offen und mutig herangegangen werden, wenn man das Vertrauen wieder erlangen und die Wirtschaft zur Stabilität und zum Wohlstand vorbereiten will. — Das schwerindustrielle „Journal de Debat“ erklärt: „Die von Deutschland verlangte Erleichterung der Reparationen wäre nicht nur unmoralisch, sie wäre auch ein Verzug, unter dem ganz Europa leiden würde. Von seiner Schuld befreit und industriell gut ausgerüstet, würde sich Deutschland in einer besseren Lage als die Nationen befinden, die es zu belegen und zu vernichten verurteilt hat. England würde die Erleichterung der germanischen Kontingenz machen, die es mit blindem Eifer vorbereitet und Frankreich ist der Auffassung, daß die Erleichterung der Reparationen Deutschlands keineswegs befriedigt, sondern ihm nur erlaubt, andere noch schwerer liegende Forderungen zu stellen. Wenn Deutschland die finanziellen Kaufkraft des Friedensvertrages abgeschliffen hat, wird es gegen die territorialen Kaufkraft vorgehen.“

### Warum keine Reichsfarben in Lausanne?

Lausanne, 16. Juni. (Eig. Drohth.) Bei allen internationalen Tagungen in der Schweiz ist es üblich, daß die Hotels die Fahnen der in ihnen wohnenden Delegationen zeigen. Auch in Lausanne weisen allenfalls am Saie der Delegationen deren Landesfarben. Einzig das Hotel Savoie, in dem die deutsche Delegation wohnt, hat keine deutschen Farben gehißt. Es kann, da es der Höflichkeit niemals entsprechen würde, sich hierbei nur um einen deutlich ausgeprägten Wunsch der deutschen Delegierten handeln. Auf Anfrage bei dem neuen Reichspräsidenten von Rauffmann-Dier antwortete er ausweichend, das habe er bisher noch gar nicht bemerkt.

### Kleppers Rede im Landtag.

Aufsatz an der Reichsregierung.

Berlin, 16. Juni. Am weiteren Verlauf der Landtagsverhandlungen äußerte sich am Donnerstagabend Finanzminister Klepper in einer längeren Rede über die preussische Notverordnung und über allgemeine wirtschaftspolitische Fragen. Er schilderte nochmals die Bemühungen der preussischen Regierung für die Ausgleichung des Haushalts. Dabei erwähnte er die Gehaltsentbehrungen, die Schädigungssteuer und die Verhandlungen Preußens mit der neuen Reichsregierung. Als Ergebnis der preussischen Notverordnung stellte er fest, daß der erste Satz des Haushaltsausgleichs erzielt und die Restenlage gesichert sei. Sodann kam er auf die neue Notverordnung zu sprechen. Er hob hervor, daß die in der Notverordnung vorgesehenen Zuschüsse zur Erwerbslosenunterstützung in Verbindung mit der Senkung der Leistungen eine spürbare Entlastung bringen. Es gebe aber einige große Sonderfälle zu regeln, bei denen eine individuelle Neuanpassung und Sanierung erforderlich sei.

Auf wirtschaftspolitische Fragen eingehend, sagte er u. a.: Die Entschlossenheit, die künftige Führung in dem Kampf um die internationale wirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen, ist die Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik. Dabei lassen die programmativen Erklärungen der Reichsregierung eine wirtschaftspolitische Linie deutlich erkennen. Gerade wenn die internationalen Bedingungen der Krisenüberwindung erzwungen, wenn man sich also darauf einstellen will, daß Deutschland auf absehbare Zeit für sich allein steht, wird es zur Pflicht, innenwirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, um die Auswirkungen der Krise zu mildern. Dazu gehört die Verkürzung der Arbeitszeit, die doppelt so wichtig ist, wie die Arbeitslosigkeit nicht allein konjunkturbedingt ist. Daß auch in dieser Hinsicht die Notverordnung der Reichsregierung nichts erfüllt, ist umso beunruhigender, als durch Arbeitszeitverkürzung eine nennenswerte Verminderung des öffentlichen Aufwandes für die Erwerbslosenunterstützung zu erreichen wäre. Man wird auch befürchten müssen, daß in der Frage der ländlichen Siedlung nicht das geschieht, was die frühere Reichsregierung in richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge vorbereitet hatte. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich, daß die Notverordnung die letzten finanziellen Maßnahmen werden den sehr baldigen Übergang zu einem neuen Aufbau eröffnen, nicht begründet ist. Die Staatsregierung wird im übrigen dafür sorgen, daß die Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet werden. Nur so ist es möglich, die Bahn freizubehalten für das, was allein die Entspannung bringen kann, nämlich eine wirkliche Konzentration aller nationalen Kräfte.

### Die Arbeitslosenunterstützung.

Die Verordnung über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung. Berlin, 16. Juni. Am Donnerstag nachmittag ist die Verordnung über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung und über die Durchführung öffentlicher Arbeiten erschienen. Es handelt sich um eine Zufußverordnung zur letzten Notverordnung. Die Unterfertigung richtet sich nach den Ortsstellen, den zulagsberechtigten Angehörigen und nach der Lohnklasse. An Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse II beträgt die wöchentliche Unterfertigung in der untersten Lohnklasse I 5,10 Mark ohne zulagsberechtigten Angehörigen. Sie erhöht sich bis auf 6,60 Mark in dieser Lohnklasse bei sechs oder mehr zulagsberechtigten Angehörigen. In der Lohnklasse XI sind 11,70 bis 27,90 Mark als wöchentliche Unterfertigung vorgesehen. In den Ortsklassen B bis G beträgt die Unterfertigung in Orten mit 10 000 Einwohnern und weniger ohne zulagsberechtigten Angehörigen 4,50 Mark, mit sechs oder mehr 5,70 Mark in Ortsklasse I; in Ortsklasse XI ohne Angehörige 8,40 Mark und ab Höchsthöhe 19,20 Mark. In Orten der Ortsklasse B bis G, die mehr als 10 000 Einwohner haben, ist die niedrigste Unterfertigung 5,10 Mark und die höchste 9,90 Mark, wenn keine zulagsberechtigten Angehörigen vorhanden sind. Die höchste Unterfertigung beträgt 6,60 Mark bzw. 24,30 Mark. Danach beträgt die niedrigste Unterfertigung 4,50 Mark, wenn keine Angehörigen, und die höchste 27,90 Mark, wenn sechs oder mehr zulagsberechtigten Angehörigen vorhanden sind.

### Politische Zusammenstöße in Wanne-Eickel

Wanne-Eickel, 16. Juni. (Eig. Drohth.) Am Donnerstagabend gegen 6 Uhr kam es zwischen Kommunisten, die zu einem Protest gegen die Notverordnung aufgerufen hatten, und Nationalsozialisten, die sich teilweise schon in Uniform zeigten, zu Schlägereien, bei denen ein Nationalsozialist niedergeschlagen und schwer verletzt wurde. Die Schlägereien verhängten sich; es wurden auch Schüsse gewechselt, doch wurde niemand verletzt.

# Amnestieblamage der Nazis.

## Die Kozl-Nazi-Koalition bringt im Landtag ihr eigenes Amnestiegesetz zu Fall. Nazis drohen, Rüttner zu ermorden. — Nazi-Schimpfkanonade auf das Zentrum.

Berlin, 16. Juni. Der Preussische Landtag legte am Donnerstag die Amnestiebeschlüsse vor. Genosse Gehrmann legte in eingehender Rede dar, daß die Bombenwerfer Claus Heim und Herbert Wolf nicht die Amnestie finden, als die man sie hingestellt hat, die aus tiefstem Mitleiden mit der Not der Landwirtschaft zu der verzweifelten Waffe des Dynamits greifen hätten, sondern politische Abenteurer wilden Eils, rabuliste Staatsbeden, die weder vor dem Wochenspruch noch vor dem Reichsgericht der Nationalsozialisten Dr. Jäger für die Befreiung zum § 218 ein, die umlo bringen sei, als in das Kabinett Papier mit dem Wahlprüfungsamt Schluß machen und der Arbeiterklasse die Möglichkeit rauben will, ihre Kinder vor dem Hunger sicherzustellen. Entsprechend der Stellung zum § 218 trat Genossin Rüttner auch für die Amnestierung der Frauen ein, die gegen ihn verurteilt haben. Nur das gemäßigteste Kurpfuschertum, die gemäßigteste Abtreibung, soll von der Straffreiheit ausgenommen werden.

In übrigen brachte die Amnestiebeschlüsse eine wüste Schreie der Nationalsozialisten Dr. Jäger gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen unseren Redner in der Amnestiebeschlüsse Genossen Rüttner, den er ziemlich unverhüllt — ohne vom Präsidium gehindert zu werden — die Ermordung androhte und dem er in Aussicht stellte, daß er künftig mit Gewalt am Leben im Landtag gefesselt werden würde.

Genosse Rüttner erwiderte im Auftrag der Fraktion, daß weder die aufgeregten Verurteilungen noch die arroganten Drohungen der Nationalsozialisten auf uns irgendwelchen Eindruck machen. Dann kam es zur Abstimmung über die Amnestieanträge, und damit begann das große Theater. Zuerst gelangte zur Abstimmung der sozialdemokratische Antrag auf Straffreiheit der aus Not verübten Delikte namentlich Arbeitsloser, ein Antrag, der im Reichsausschuß bereits einmal abgelehnt, aber neu eingebracht war. In der Vorkammer stimmten Zentrum und Kommunisten dafür, und damit war die Amnestie-Modellseite beschloffen. Sie wurde nach der zweiten und sofort in dritter Lesung verabschiedet, obwohl der amtierende Präsidium Genosse Witmann ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der sozialdemokratische Antrag dahingegen.

anstelle der Amnestie politischer Gewaltverbrecher die Straffreiheit für Morddelikte

zu legen. Erst nach der endgültigen Annahme unseres Gesetzentwurfes in dritter Lesung ertönten Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale, daß damit zugleich alle ihre politischen Amnestieanträge abgelehnt waren. Sie verließen nun mit allen möglichen Mitteln, diese Anträge wieder aufzunehmen. Das Haus wurde verlagert und der Vorkammer zweimal zusammenberufen; aber auch in ihm konnte den Nazis und Sozialdemokraten nichts anderes gelang werden, als daß eben ihre Anträge abgelehnt worden und daß sie höchstens neue Anträge auf Amnestie einbringen könnten. Entgegenkommender und lebenswürdigere erklärte sich die Sozialdemokratie sogar bereit, diese neuen Anträge ohne Wahrung der geschäftsordnungsmäßigen Fristen schon in der nächsten Woche zur Beratung und Abstimmung kommen zu lassen. Aber auch nach Wiedereröffnung der Vorkammer in den Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen um die Wette

Schimpfreden auf die Sozialdemokratie. Jetzt mehr durch ihre Unaufmerksamkeit sie falsch abgelehnt hätten, müsse die Sozialdemokratie ihnen erlauben, den Fehler sofort wieder gutzumachen. Die Sozialdemokratie hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie Gegner der unterirdischen Verhaftung aller möglichen Gewaltverbrecher ist, weil sie in dieser Prämissierung der Gewaltverbrecher den Weg zum Sieg des Faschismus erblickt.

Also beharrte die Sozialdemokratie selbstverständlich auf ihrem Widerspruch entgegen der Geschäftsordnung diese Sorte Amnestiegesetz heute wieder aufzunehmen. Nachdem die Parteien der Gewaltverbrecher sich genügend ausgehimpft hatten — es dauerte mehrere Stunden —, merkte sie endlich, daß sie gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie doch nichts erreichen könnten. Die Deutschnationalen brachten daher eine Resolution ein, die die Regierung solle in Erwartung der kommenden Amnestie die Gewaltverbrecher einstweilen freilassen.

Erneut wurde das Haus verlagert, um der Sozialdemokratie Gelegenheit zu geben, ihren Widerspruch gegen die sofortige Beratung des Antrages zurückzugeben. Selbstverständlich lehnte die sozialdemokratische Fraktion auch das ab. Im aber nicht den Schein aufkommen zu lassen, als sollten um ihrezeit keine Sünden, die zu hart bestraft wären, länger in den Gefängnissen bleiben, brachte sie herbeis den Antrag ein, das Staatsministerium möge sich auf alle politischen Befangenen, deren Tat weder nach der Art des Verbrechens noch nach den Folgen besonders schwerwiegend oder verwerflich sei, durch Strafmilderung oder Strafaufschub begnadigen. Schlußwort mußten alle Parteien sich damit einverstanden erklären, daß nur dieser sozialdemokratische Antrag zur Beratung kam; er wurde im weiteren Verlauf der ausgedehnten Sitzung angenommen. Weil, wie Herr Rüttner das treffend ausbrückte, die Sozialdemokratie eben geschäftsordnungsmäßig alle Krämpfe in der Saal hatte!

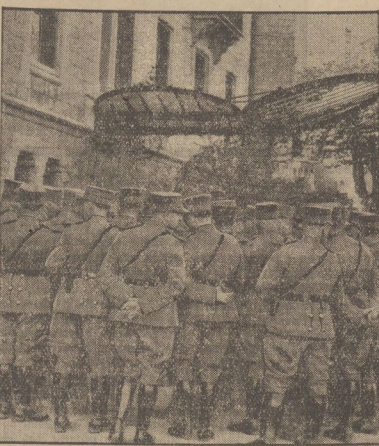
Das Zentrum hatte sich den ganzen Tag über an der Debatte nicht beteiligt; es wußte nicht recht, ob es für oder gegen die Amnestie ist, ob es mit den Nationalsozialisten schon eine Vereinbarung über die Straffreiheit getroffen hätte oder nicht, es wußte überhaupt nichts mehr, es hatte sich los. Erst als in seiner Geschäftsordnungsreden Herr Rüttner die Bemerkung machte, daß der Zentrumsjurist Dr. Schmidt nur eine Strafpflicht der Sozialdemokratie sei, mochte der Zentrumsführer Abg. Steiger ein Wort des Widerspruches.

Hierauf lehnten die Nationalsozialisten mit kundenlangen wüsten Schimpfungen des Zentrums ein.

Brüning und Schmidt, Hirtfelder und Steiger, Leiterhaus und die ganze Zentrumstraktion wurden in den Orlus nationalsozialistischer Verdamnis geschleudert und die „schwarzen Marxisten“ als die schlimmsten Feinde abgemalt, als selbst die roten Marxisten. Daran wurde auch gegen den Willen der wüsten Drohungen gehalten und ihm angedroht, es gäbe keine Koalition mit den Nationalsozialisten, in der nicht alle allein und hundertprozentig bestimmen, was zu geschehen hätte.

Man darf sich Lebenswürdigkeit freilich nicht überheben. Vielleicht klingt die Sprache der Nationalsozialisten nach der Reichstagswahl ganz anders. Aber einstweilen haben die Stellung aus München, jede Möglichkeit der Regierungsübernahme und Beratungsverhandlungen kaputt zu machen. Das haben sie heute gründlich befohlen.

### Polizeischutz für die Reparationskonferenz



Eine Polizeibattalion, die mit dem Schutz des Hotels Beaulieu, in Dudy (bei Lausanne), dem Haupttagungsort der Reparationskonferenz beauftragt ist, erhält die letzten Instruktionen für den Überwachungsdienst.

### Attentat in der belgischen Kammer.

Brüssel, 16. Juni. (Eig. Drohth.) Als der sozialistische Abg. Rüttner gegen die Gemeinlichkeit der öffentlichen Angestellten Lüttreuer gestern nachmittag seinen Sitz in der Kammer einnahm, wurde er von einem Mann, der sich als belgischer Arbeiter ausgab, mit einem Revolver beschossen. Der Täter wurde sofort festgenommen. Es handelt sich um einen ehemaligen Erwerbslosen, der früher Vatermannsänder im Dienste der Stadt Brüssel war, aber beim Waffenstillstand wegen künftiger aktivistischer Propaganda während der Kriegszeit entlassen wurde. Die einzigen Beziehungen, die Lüttreuer je zu dem Attentäter gehabt hat, bestanden in den beherrschenden Bemühungen des sozialistischen Abgeordneten, die Wiedereinstellung des Entlassenen in den nächsten Dienst zu erwirken. Offenbar haben lange Zeiten den Geisteszustand des Angreifers aus dem Gleichgewicht gebracht.

### Süddeutschlands Gegenzug.

Baden erläßt Uniformverbot — Bayern hebt es nicht auf. Die Regierungen Bayerns und Badens, deren dringliche Vorstellungen gegen das SW-Verbot beim Reichspräsidenten leider kein Gehör fanden, haben den Rest der Vollmacht, die ihnen die heute erlassene Notverordnung läßt, benutzt, um, wenn sie schon das Wiederauflösen der SW in ihren Gebieten nicht verhindern können, wenigstens die Partei-Uniformen von den Straßen fernzubehalten.

Die bayerische Regierung läßt erklären, daß sie nicht daran denke, ihr seit zwei Jahren bestehendes und am 30. September d. J. befristetes Uniform- und Demonstrationsverbot aufzuheben. Sie weist darauf hin, daß der Bruch des Verbotes durch die neue Verordnung mit strengeren Strafen bedroht ist als bisher.

Die bayerische Regierung hat ein allgemeines Uniformverbot neu eingeführt. Das in Baden bestehende Demonstrationsverbot bleibt durch die Reichsverordnung unberührt. Das Verbot von Geländebildern ist bis auf weiteres verlängert worden. Der badische Staatspräsident Dr. Schmidt hat heute vor Vertretern der Presse Aufklärung über die Kaiserlicher Ministerkonferenz und den gemeinsamen Schritt der süddeutschen Länder in Berlin. Die Vertreter der süddeutschen Länder hätten auf folgendes hingewiesen: Die Unterhaltung des SW-Verbotes schädige das Ansehen des Reichspräsidenten, weil er das Verbot erst vor kurzem erlassen habe. Wenn man in dem SW-Verbot eine Einseitigkeit und deswegen eine Ungerechtigkeit erblicke, so sei das SW-Verbot aus diesem Grunde nicht aufzuheben, sondern auf alle militärischen Verbände auszudehnen. Das Verbot der SW sei berechtigt gewesen, weil es in einem geordneten Staat keine Privatarmee geben dürfe. Eine private Gewaltorganisation könne ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Der Charakter der Privatarmee und der Militäranalogen ergebe sich aus der gesamten Gliederung der SW in allen ihren Formationen, aus der Befehlsgewalt eines einzelnen, aus dem Binde- und Gehorjam, aus dem Nachrückdienst, aus der Kasernierung und aus der Bemerkung, daß die Unterstellung des SW-Verbotes durch die Verantwortung für die Ruhe in Baden bei Aufhebung des SW-Verbotes, als weil Baden kein Militär, auch nicht genügend Polizei habe und weil die vorhandene Polizei überanfällig sei. Gerade jetzt, während der Wahlzeit und während der erregten Stimmung dürfe das Verbot erst nicht aufgehoben werden.

Auch das preussische Demonstrationsverbot behält seine Gültigkeit, weil es sich auf eine Bestimmung der Reichsverfassung stützt.

Eine Wirtschaftskonferenz in Rom? Rom soll als Konferenzort für die große Wirtschaftskonferenz des kommenden Herbstes nach Mittelung aus amerikanischen Kreisen von Amerika vorgeschlagen sein. Der amerikanische Staatssekretär Stimson habe der italienischen Regierung bereits diesen Vorschlag übermittelt.



# Heute: Unter Preis- Angebote auf Extra-Tischen

RUDOLF WEIL & CO. BERLIN W.

- Kunstseidene Prinzeßkleider** 94 Pf.  
in all. Farben, zu jedem Kleide pass. 3.90 2.75 1.95
- Kunstseidene Damen-Schlüpfer** 74 Pf.  
in allen Größen und Farben . . . 1.90 1.40 94
- Damen-Schlüpfer** 44 Pf.  
aus festem Trikot, in allen Größen . . . 98 68 48
- Kinder-Trikot-Schlüpfer** 34 Pf.  
echt ägyptisch Mako, besonders haltbare Qualitäten . . . 75 64 53
- Herren-Einsatzhemden** 90 Pf.  
mit mod. Einsätzen, erprobte Qualitäten 2.40 1.75 1.45
- Herren-Sporthemden** 2<sup>90</sup>
- Damen-Hemden** 74 Pf.  
aus guten Wäschestoffen, mit hübscher, moderner Stickereiverzierung . . . 1.90 1.45 95

- Haltbare Damen-Strümpfe** 24 Pf.  
**Sonder-Angebote!**  
Posten I 98 Posten II 78 Posten III 50 Posten IV
- Damen-Strümpfe** 48 Pf.  
aus bester künstl. Wäsche, erprobte Qualitäten, in sämtlichen modernen Farben  
Posten I 1.85 Posten II 98 Posten III 75 Posten IV
- Kinder-Strümpfe** 25 Pf.  
haltbare Qualitäten  
Posten I 95 Posten II 65 Posten III 45 Posten IV
- Kinder-Söckchen** 20 Pf.  
mit mod. Willrand, außergewöhnlich billige Angebote  
Posten I 75 Posten II 55 Posten III 35 Posten IV
- Herren-Socken** 25 Pf.  
moderne, solide Muster und einfarbig, besonders strapazierfähige Qualitäten  
Posten I 98 Posten II 75 Posten III 48 Posten IV
- Mädchen-Hemden** 34 Pf.  
aus kräft. Wäschestoffen, mit Stickerei garn. 94 74 54
- Knaben-Hemden** 48 Pf.  
aus haltbaren, starkfäd. Hemdentuchen 1.25 98 78



# Reichenbach

## Reichsbund Deutscher Mieter e. V. Landesverband Preußen

Künftig des in Halberstadt vom 17. bis 19. Juni stattfindenden

### Preußischen Mietertages

laden wir die Mieter Halberstadts mit ihren Angehörigen und Freunden zu der am 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr im „Eichhain“ stattfindenden

## großen öffentlichen Mieter-Rundgebung

**Bundes-Vorsitzender D z i e y k.**

**Bundesschatzmeister Grothaus**

werden über das Thema sprechen:

### „Das Miet- und Wohnungsweisen in der Vergangenheit und Zukunft“

Die Rundgebung wird umrahmt von Musik- und gefanglichen Darbietungen des Stadttheater-Orchesters und des Volkstheaters und schließt mit einem gefälligen Beisammensein und Feiern ab.

Eintritt 20 Pfennig. — Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner frei.

Der Vorstand.

## Gut erhaltenes Kinderbett

mit Aufleger, zu verkaufen.  
Kornstraße 6.

## Achtung!

### Heute Preisabbau

Wiedertisch 90. 50 u. 60 Pf.  
Schlösser . . . 70 Pf.  
Schlösser 30. 50 u. 60 Pf.  
Kamm u. Reiselt 30. 70 Pf.  
Schweinefleisch, Hausfleisch  
30. 55 Pf.  
frische Rot u. Reherrsch.  
Sülze . . . 30 u. 40 Pf.  
pa. Gehackte Schweinefleisch  
30. 70 Pf.  
pa. Schinkenbraten 30. 80 Pf.  
pa. Würstchen 30. 60 Pf.  
Bratensatz . . . 1. 30. 25 Pf.  
1. 30. 90 Pf.  
Frischgerührt.  
Käulche. 2.  
Franziskanerstr. 17. Tel. 1718.

## Schuhweß

Flasche . . . 0.35 Mk

## Strohputzlack

in allen Farben

## Fritz Böschke

Breitweg 12.

## Möbelpolitur

Radio-Apparate.

## Ströbeck Am Sonntag, dem 19. Juni 1932

### Großes Gartenfest

Abmarsch der Festteilnehmer 14 Uhr vom Vereinslokal „Prinz von Reußen“, anschließend Kinderessen der Gruppen Halberstadts und Ströbeck.

### Abends Jagelung und Abtrennen eines Brillant-Feuerturms!

Songert und Gesellschaftsball auf dem Schloßpark. Es laßt freudlichst ein der

### Garten-Verein „Frohstut“

Ströbeck.

Die Schenkerfreunde und Jugendgruppen der Vereine werden gebeten, zahlreich an diesem feste teilzunehmen.

Abmarsch 1 Uhr vom Oben, Rückfahrt mit Postauto.

Der Vorstand des Bayerischen-Vereins Halberstadt.

## Sargstedter Warte

Sonntag, dem 19. Juni, ab 3 Uhr

### Unterhaltungs- und Tanzmusik

Kapelle W. Beck. Eintritt und Tanz frei.

Es laden freudlichst ein Wilhelm Geelhaar und Frau.

## Einladung!

Am 19. Juni 1932, 14 Uhr

wird in Klein-Ouenstedt die

## BADEANSTALT

eröffnet. Jeder ist herzlich willkommen.

Für Konstr. und Unterhaltung ist gesorgt.

Erwerbslose 20 Pfg. Kinder 10 Pfg. Der Vorstand.

## Tapeten, Farben, Lade,

Schleimkreide, Sikkativ, Terpentin, sowie alle Bedarfs-Artikel kaufen Sie

billig bei

## Wilm Behrens, Hoheweg 47

## Die Wanzen kommen

leg Fallen aus

dann bringt Du diese Wanzen raus

Drogerie K a m m, Hoheweg 48, Göt.

## Thale a. H. Am Sonntag, dem 18. Juni 1932

### Reichsbanner-Sommerfest

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

und Jahres-Erinnerungsfest an die Einweihung des Friedrich-Ebert-Gedenksteins

## Deutscher Metallarbeiter-Verein Verwaltung Halberstadt

Am Sonntag, dem 18. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal Otto Bollmann, Bakenstraße 63, eine

### Mitglieder-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Wahl der Abgeordneten zum Verbandstag

2. Verbandangelegenheiten

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig. Mitgliedsbücher sind vorzubringen.

Die Disziplinarverwaltung.

## Bandonion-Musik-Verein „Eintracht“

Mitglied des Deutschen Konzert- und Bandonion-Bundes e. V.

Leitung: Otto Nache w.

Sonabend, 18. Juni 1932, abends 8 Uhr

findet in der „Sternwarte“ unser

## Vereins-Vergnügen

statt. Freunde und Gönner unserer Volksmusik durch Mitglieder eingeladen, sind herzlich willkommen.

Eintritt 50 Pfg. Der Vorstand.

## Wartburg.

Montag

## Erstes gr. Kinderfest



## Wochenprogramm der Kraftpostsonderfahrten!

Sonntag, den 18. Juni: Nach Rombergfall-Gödel. Abfahrt 7.30 Uhr. Preis 6.70 RM.

Nach Friedelsbrunn. Abf. 14 Uhr. Preis 8.00 RM.

Donstag, den 21. Juni: Nach Schierke. Abfahrt 14 Uhr. Preis 8.00 RM.

Mittwoch, den 22. Juni: Nach dem Gartenberg. Abfahrt 14 Uhr. Preis 1.90 RM.

Freitag, den 24. Juni: Nach dem „Falken“. Abfahrt 14.00 Uhr. Preis 8.00 RM.

Sonntag, den 26. Juni: Nach dem Rübeldorfer Höhen/Friedelsbrunn. Abfahrt 10 Uhr. Preis 4.30 RM.

Vorverkauf der nummerierten Karten im Städt. Verkehrsbüro, Holmarkt 11.

## Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Quedlinburg.

### Einladung!

Gem. § 90 Ziffer 1 der Satzung wird hiermit eine ordtl. Ausschuf-Sitzung

auf Freitag, den 24. Juni, 2011, 11 Uhr (abends 11, 9 Uhr) in der Versammlungsstätte unseres Verwaltungsbüros (Bakerstraße 10/17) abgehalten. Die Tagesordnung lautet wie folgt:

1. Jahresbericht (Abnahme der Jahresrechnung 1931)

2. Bericht über die Kassenlage

3. Satzungsänderung § 56, Abs. 1 und 2, § 76, Abschnitt 8, Ziffer 2 und 3.

4. Bericht über die Kassenlage

Wir laden die verehrten Damen und Herren als Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zu dieser Sitzung ein und bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Der 1. Vorsitzende des Vorstandes, D. Baag.

## Wernigerode

### Öffentliche Kirchenverpachtung.

Die Pachtung der öffentlichen Kirchenferne soll am Montag, dem 20. Juni 1932, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus Neuhäuser Schenke, Breite Straße 50 hierorts öffentlich unter der Vor der Ausbietung bekanntgebenden Bedingungen verpachtet werden.

Wernigerode, den 13. Juni 1932.

Der Magistrat. (Tiefenamt).

## Freibank

Sonabend 9 Uhr

## Fleisch-Verkauf

Zur Deckung des Bedarfs an

## Rauchwaren

empfiehlt sich

W. Steigerwald,

Butagstraße 30.

## Warum . . .

in die Ferne schweifen . . .

wenn Sie bei mir schon für

1.25 RM eine Laufdecke

0.75 RM einen Schlafrock

1.15 RM ein Paar Fedeln

1.15 RM eine Setze

4.25 RM ein Strohhütchen

kaufen, und alle anderen Fahrtrab-

teile ebenso billig?

Erinnern Sie sich!

Erinnern Sie sich!

Erinnern Sie sich!

Erinnern Sie sich!

Erinnern Sie sich!

Erinnern Sie sich!

Erinnern Sie sich!

Erinnern Sie sich!

Erinnern Sie sich!



# 1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 140

Freitag, den 17. Juni 1932

7. Jahrgang

## WERNIGERODE

### Rückzahlung von Hypotheken und Pfandbriefen.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat den nachstehenden Entschluß an die preussischen Hypothekendarlehenbanken gefaßt: Es treten häufig Fälle ein, in denen Schuldner, die in Ausübung der ihnen durch § 10 Erster Teil Kapitel I der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 gegebenen Befugnis eine Schuld durch Eingabe von Schuldverfreiungen tilgen wollen, sich die dazu erforderlichen gleichartigen Schuldverfreiungen nicht oder nur unter nicht zumutbaren Bedingungen beschaffen können. Namentlich kommen dies mit Ungezinsten jezt 7 1/2prozentigen Pfandbriefen abgesehenen Hypotheken in Frage, sofern diese Pfandbriefe aus dem Bereiche gezogen sind.

Wie ich höre, beschließen die Hypothekendarlehenbanken in solchen Fällen in Übereinstimmung mit der Auflösung des Sonderausschusses für Hypothekendarlehen so zu verfahren, daß sie den Schuldnern die Rückzahlung in jezt 6prozentigen Pfandbriefen mit der Maßgabe bewilligen, daß als Zuschlag, gemessen an der jetzigen Zinsgebote, ein Zuschlag von 6 Prozent an den jetzigen Zinsgebote bewilligen, daß als Zuschlag, gemessen an der jetzigen Zinsgebote, ein Zuschlag von 6 Prozent an den jetzigen Zinsgebote bewilligen. Gegen die Forderung eines solchen Zuschlages haben bereits verschiedene Schuldner bei mir Einspruch erhoben. Ich bin auch der Meinung, daß er zu hoch ist. Es kann den Schuldnern nicht zugemutet werden, bei der Rückzahlung fälliger Hypotheken mehr Mittel aufzubringen, als erforderlich wäre, wenn (10) 7 1/2prozentige Pfandbriefe noch im Umlauf wären. Ich bin deshalb der Ansicht, daß bei der Rückzahlung in jezt 6prozentigen Pfandbriefen ein Zuschlag von 6 Prozent an den jetzigen Zinsgebote, nicht nur unbillig, sondern auch rechtlich unzulässig ist. Ich bin deshalb der Ansicht, daß bei der Rückzahlung in jezt 6prozentigen Pfandbriefen ein Zuschlag von 6 Prozent an den jetzigen Zinsgebote, nicht nur unbillig, sondern auch rechtlich unzulässig ist.

Ich erlaube ergehen, bei Befehlzung der Rückzahlungsbeholdungen nach den vorstehend bezeichneten Grundbüssen zu verfahren. Die Schuldner sind gemäß Artikel 6 Abs. 3 der Zweiten Durchführungs- und Ergänzungsvorordnung über Hinsendung auf dem Kapitalmarkt vom 26. März 1932 um diese Befehlzung ersuchen, werde ich meine Anordnungen nach diesen Grundbüssen treffen."

### Luftpostverkehr.

Am Besizer der Oberpostdirektion Magdeburg sind die Orte Magdeburg und Dessau durch die beiden nachstehend genannten Luftpostlinien unmittelbar an das Luftverkehrsnetz angeschlossen.

**Luftpostlinie Magdeburg:** Luftpostlinie Magdeburg—Magdeburg—Halle-Leipzig. Flugzeiten wochentags: ab Magdeburg 15.15, an Halle-Leipzig 16.00; ab Magdeburg 11.25, an Hamburg 13.05. Schlüsselzeit für gew. Briefsendungen beim Postamt 1.45 Minuten und im Flughafen 10 Minuten vor dem planmäßigen Abflug. Gültige Anflugsflüge: Biele, Belgrad, Breslau, Gießen, Göttingen, Hamburg, Karlsruhe, Kopenhagen, Kowno, Leningrad, London, Malmö, Marienburg, Moskau, München, Nürnberg-Fürth, Ost, Prag, Reval, Riga, Sofia, Stettin, Tiflis und Wien.

**Luftpostlinie Dessau:** Luftpostlinie Plauen (Bogsl.)—Dessau—Leipzig (Wostau)—Dessau—Berlin. Flugzeiten wochentags: ab Dessau 8.40, an Berlin 9.30; ab Dessau 17.45, an Leipzig (Wostau) 18.10, an Berlin 18.45, an Plauen (Bogsl.) 19.15. Schlüsselzeit für gew. Briefsendungen beim Postamt Dessau 30 Minuten vor dem planmäßigen Abflug. Gültige Anflugsflüge werden in Berlin erreicht u. a. nach: Kopenhagen, Amsterdam, Antwerpen, Baden-Baden, Basel, Belgrad, Bern, Breslau, Brüssel, Budapest, Danzig, Darmstadt, Frankfurt (M.), Genf, Gießen, Göttingen, Karlsruhe (Baden), Köln, Leningrad (Fr.), Kopenhagen, Kowno, Leningrad, London, Malmö, Marienburg, Moskau, Paris, Prag, Reval, Riga, Saarbrücken, Sankt-Petersburg, Stettin, Tiflis, Wien und Zürich.

**Wichtige Luftpostverbindungen nach dem europäischen Ausland:**  
1. Reichspostflugg: a) Hannover (ab 2.10) — Kopenhagen (an 5.05) — Stockholm (an 9.25) — Malmö (an 5.35) — Göttingen (an 7.35), an Oslo 12.30, an Helsingfors 13.40. — b) Hannover (ab 1.55) — Amsterdam (an 4.25) — London (an 6.45). Kein Flugdienst in den Nächten vom Samstag zum Sonntag und vom Sonntag zum Montag.  
2. Reichspostflugg: a) Berlin (ab 3.03) — Wien (an 6.25) — Budapest (an 8.10) — Belgrad (an 10.30) — Sofia (an 13.55) — Saloniki (an 16.00) — Athen (an 18.30). Montag und Freitag. An

## Die neueste Notverordnung.

Ein Vergleich der aufgehobenen Verordnungen mit der neuen ergibt, daß die bisherigen Vorschriften weitgehend gemildert sind. Auf dem Gebiete des

### Verfammlungsrechts

sind die Bestimmungen über die Anmeldung und das Verbot von öffentlichen politischen Versammlungen, von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel und von sogenannten Zusammenkünften in öffentlichen Gebäuden, von solchen Versammlungen und Aufzügen ist auf Grund der neuen Verordnung nicht mehr gegeben. Diese Gleichrichtung ist im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf getroffen. Sollte jedoch die Wiederherstellung der Versammlungsfreiheit zu Störungen der öffentlichen Ruhe führen, so ist dem Reichsminister des Innern die Ermächtigung gegeben, erneut für das Reichsgebiet oder einzelne Teile Bestimmungen über die Anmeldung und das Verbot von Versammlungen zu treffen. Die Befugnis der zuständigen Landes- und Kreispolizeibehörden, Versammlungen unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit auf Grund des Art. 123 Abs. 2 Nr. 3 zu verbieten, ist durch die neuen Vorschriften selbstverständlich nicht berührt.

Die Befugnis der Polizei, öffentliche politische Versammlungen (sowie Versammlungen unter freiem Himmel) aufzulösen, ist aus dem bisherigen Recht übernommen mit der Einschränkung, daß der Aufstellungsgrund der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung vorgefallen ist. Die Befugnis der Polizei, die Versammlung zu verbieten, ist durch die neue Verordnung insofern abgemildert, als die Befugnis der Polizei auf bestimmte, abgegrenzte Tatbestände eingeschränkt zu sein. Im übrigen unterliegen Versammlungen ohne weiteres der Auflösung durch die Polizei. Mit Rücksicht auf ein kürzlich ergangenes Urteil des Reichsgerichts war es notwendig, die Vorschriften des Reichsgerichts über die Befugnis der Polizeibehörden, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden, wiederherzustellen.

Vollständig aufgehoben werden durch die neuen Bestimmungen sämtliche einschränkende Bestimmungen über Märkte und Flugblätter politischen Inhalts. Die Möglichkeit, gegen Märkte, Flugblätter und sonstige Druckschriften der kommunistischen Partei Verordnungen vorzugeben, ist jedoch durch die nach wie vor in Geltung befindliche Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der kommunistischen Parteiorganisation vom 3. Mai d. J. weiterhin gegeben.

**Wohn-Anschluß an die England-Indienlinie und England-Südamerikalinie:** — b) Berlin (ab 8.15) — Wien (an 11.35) — Budapest (an 13.20) — Belgrad (an 15.30) — Sofia (an 15.55). Bis Budapest wochentags, Belgrad und Sofia nur Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag.

3. Reichspostflugg: Berlin (ab 22.00) — Hannover (ab 0.20) — Köln (an 2.45) — London (an 6.35). In London Anschluß nach Paris an 10.45. Wochentags.

4. Nachflugg: Berlin (ab 23.30) — Königsberg (Fr.) — Kowno — Weizsäcker — Moskau mit Anschlüssen Königsberg (Fr.) — Tiflis — Riga — Reval Leningrad u. Reval — Helsingfors, Estland.

5. Berlin (ab 13.20) — Hannover (ab 15.15) — Amsterdam (an 17.55) — Rotterdam (—) — London (an 20.40). Wochentags.

6. England — Indienlinie (London—Karachi—Delhi). Wöchentlich. Zeterparnis bis zu 7 Tagen.

7. Amsterdam — Halle-Leipzig — Niederl.-Indien. Wöchentlich. Zeterparnis bis zu 14 Tagen.

8. England — Südamerikalinie (London — Rairo — Kapstadt). Wöchentlich. Zeterparnis bis zu 23 Tagen.

9. Ruß- und Seepost nach Südamerika (ohne Ecuador, Kolumbien, Venezuela und Guyana). Wöchentlich. Zeterparnis bis zu 12 Tagen.

10. Luftpost ab New York mit Briefsendungen nach Nordamerika, Mittel- und einem Teil von Südamerika. Nachbringefähige Köln—Herberberg und Vorausflüge von den Dampfern nach New York.

Luftpostverbindungen, die in Orten ohne Luftpoststellen aufgeföhrt werden, werden den am günstigsten gelegenen Luftpoststellen mit größter Befehlsleistung zugewiesen.

Die Befehlsleistung durch die Luftpost bringt großen Zeitgewinn. Einflugsflüge sind vorzuziehen und ermöglicht vielfach Zustellung am Tage der Auslieferung. Luftpostaufträge sind niedrig. Anflugsflüge werden die Postamtstellen.

### Leber die Presse.

Am übrigen sind die Vorschriften über die Befehlzung und Einziehung von Druckschriften einschließlich periodischer Druckschriften (Zeitung) weggefallen. Dagegen sind die Bestimmungen über das Verbot periodischer Druckschriften im wesentlichen aufrecht erhalten worden. Der bisherige Verbot der Geföhrtung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der wegen seiner weitgehenden Befehlzung besonders zu Befehlzung Anlaß gegeben hatte, ist jedoch durch einen neuen Verbotssatz ersetzt worden, nach welchem das Erscheinen einer periodischen Druckschrift dann auf gewisse Dauer unterlag werden kann, wenn in ihr eine Befehlzung enthalten ist, die lebenswichtige Interessen des Staates dadurch gefährdet werden, daß unwahre oder entstellte Tatsachen behauptet oder verneint werden. Gefahr ist hier etwa an unwahre Behauptungen, durch welche die Wahrung oder Interessen der Landesverteidigung gefährdet werden. Die Höchstdauer des Verbots einer Tageszeitung ist von acht auf vier Wochen herabgesetzt worden.

### Die militärähnlichen Organisationen.

Zu denjenigen früheren Verordnungen, an deren Stelle die neue Notverordnung tritt, gehört auch die Verordnung vom 13. April 1932, durch welche die sogenannten militärähnlichen Organisationen der SEDAP aufgelöst wurden. Als Ersatz für die Bestimmungen, die daraufhin zunächst in der Verordnung vom 3. Mai 1932 über politische Verbände getroffen worden waren, sind in die neue Verordnung Vorschriften aufgenommen worden, nach denen politische Verbände, deren Mitglieder in gelöstform Ordnung öffentlich aufzutreten pflegen, auf Verlangen des Reichsministers des Innern verpflichtet sind, ihm ihre Satzungen und sonstigen Bestimmungen über ihre Organisation und Tätigkeit vorzulegen. Die Verbände sind ferner verpflichtet, an diesen Bestimmungen und ihrer Satzung jede Veränderung vorzunehmen und jeder Auflage nachzukommen, die der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforderlich hält. Nach der Festlegung dieses weitgehenden, sich auf alle Verbände solcher Art erstreckenden Aufsichtsrechts war es vom Standpunkt der gleichmäßigen Behandlung geboten, auch der SEDAP bei der Neubildung solcher Verbände keine besonderen Schranken aufzuerlegen. Schließlich ist auch das sogenannte **Unioverbot** in die neue Verordnung nicht wieder aufgenommen worden.

Sahen sich Reichspräsident und Reichsregierung entschlossen, eine weitgehende Milderung der bisher bestehenden Zusammenverbotung einleiten zu lassen, so haben sie gerade deswegen gekonnt, politische Gemeinaktivitäten mit strengen Strafen belegen zu müssen.

### Bauarbeiter-Jugend. Am Samstag erscheint alles im Gew

wertvollsten zum Appell der „Jungen Front“ — **Krankentagg Sachlen-Anhalt.** Der obersten Mitgliederversammlung des Landesverbandes Sachlen-Anhalt des Hauptverbandes deutscher Krankentassen, die am 18. und 19. Juni in Wernigerode tagt, ist jezt der Geföhrtung überlassen. Das außerordentlich umfangreiche und lehrreiche Tabellenmaterial, das diesem Bericht beigegeben ist, gibt eine erschöpfende Uebersicht über die den Oberverwaltungsämtern Dessau, Erfurt, Magdeburg und den Kreisverwaltungsstellen Krankentassen auf den verschiedenen Gebieten. In knapp umrissener Form wird Aufschluß gegeben über die Tätigkeit der Landesverbandesgeschäftsstelle über die Kassenerhältnisse der Tassen und die Landespraxis. Es ist auf allen Gebieten ein erhebliches Stützwerk im Interesse des Krankentassenwesens geleistet worden. Die Beziehungen der Träger der Sozialversicherung und der öffentlichen und privaten Wohlföhrtspflege zueinander werden auf mehreren Seiten des Berichts behandelt, wobei bedeutsam zum Ausdruck kommt, daß die Finanzlage mancher Krankentasse der Betätigung Schranken auferlegt habe. Besonders hervorzuheben sein dürften die Schwierigkeiten der Krankentassen auf dem Gebiete der Durchführung der Aufgaben der Arbeitslosenversicherung. Um den Geföhrtungsverkehr zu vereinfachen, ist zwischen den Arbeitssimern, dem Landesverband und den Krankentassen ein Abkommen abgeschlossen worden, das ein reibungsloses Arbeiten ermöglicht. Die Neuregelung des Kassenertrages hat umfangreiche Umgestaltungen mit sich gebracht. Genau so genau es auch mit Hilfe in Krankenhäusern, Krankentassen, Badanstalten und Apotheken geben die dafür interessierten Kreise eingehende Vergleichsmöglichkeiten. Recht interessante Uebersichten sind nach vorhanden über den Mitglieder- und Krankentassenbestand der angeschlossenen Kassen. Die wirtschaftliche Schwere der jetzigen Notzeit ergibt sich aus

# Junno wirkt durch ihre Güte;

sie lehnt es ab, durch Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien die Raucher zu locken.

# Junno

wünscht das Vertrauen aller der Raucher zu besitzen, welche allein auf hochwertigste Qualität und volles Format Wert legen.



den Rechnungsergebnissen der einzelnen Rentenkassen. Den Schluss des Geschäftsjahres bilden dann die Betriebsergebnisse der Mitgliedschaften des Landesverbandes.

\* Abgabe der Nummernkarten. Infolge Auflösung des Versorgungsamtes Halberstadt mit dem 30. Juni 1932 verlieren die bisherigen Nummernkarten ihre Gültigkeit, dieselben werden von der Bezirksstelle eingezogen. Die Rentennachläger erhalten die neuen Nummernkarten im Juli vom Versorgungsamt Magdeburg zugestellt. Einem Antrage bedarf es nicht, jedoch ist zur Vermeidung von Verzögerungen eine Wohnungsanschriften-Änderung umgehend dem Versorgungsamt Magdeburg mitzuteilen.

## Aus Halberstadt

### Stand der Stadtrats-Siedlung.

Am vorigen Monat konnte mitgeteilt werden, daß mit den Arbeiten der vorläufigen Kleinsiedlung an Ort und Stelle inforsiert begonnen war, als die Wasserleitungsrohre in den Straßen bereits verlegt worden. Inzwischen ist man mit den Arbeiten ein erhebliches Stück weitergekommen. Die Bauarbeiten haben in der ersten Straße, welche etwa ein Drittel der gesamten Anlage umfaßt, ihren Anfang genommen. Es sind bereits die Keller der Wohnhäuser und die Fundamente der Stallgebäude fertig gestellt. Auch die Kellerdecken sind zum größten Teil fertig. Es besteht die Absicht, nun zunächst die Kelleranlagen der zweiten Straße und abdam der dritten Straße fertigzustellen, inwieweit aber an der ersten Straße soweit weiter zu arbeiten, als dies möglich ist.

Mit einem Hausbau ist man aus dem Rahmen der allgemeinen Bauregelung herausgetreten, insofern, als dies Häuschen als Probehaus so schnell wie möglich gefördert werden und heute bereits fertig ist und eingewohnt ist. In diesem Häuschen kann man sich ein Bild machen, wie die Gesamtsiedlung, wenn sie fertig ist, aussehen wird. Man kann sehen, daß die Befestigungen, es würde dort etwas Minderwertiges entstehen, unbegründet sind. Das Häuschen hat etwa die Größe der kleineren Häuser der Gartenstadt von 1913. Es sieht etwas kleiner deshalb, weil es einzeln steht und nicht an das Nachbarhaus herangerückt ist. Im sich ein vollständiges Bild der Siedlung zu machen, wird man sich die reichliche Baumbeplantzung, welche die Häuschen später umgeben, noch hinzudenken müssen. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Siedler mit viel Begeisterung und großem Eifer an die Arbeit herangegangen sind und sie schneller gefördert haben, als die Bauleitung erwartete.

## Zweite Werberveranstaltung der Radfahrer

Die Arbeiter-Radfahrer hielten gestern auf dem Paulsplan ihre zweite öffentliche Werberveranstaltung ab. Mit Motorenrednertraktoren kamen die Kraftfahrer und mit froher Marktschreie die Radfahrer an. Genosse Müller er wies abermals auf die Bedeutung des Juni als Werbemonat hin und hob vor allem die Vorteile hervor, die der Bund gegen Abdrück, Unfall und Haftpflicht bietet. Dann folgte wieder ein ausgeglichenes sportliches Programm. Die SchülerInnen warteten mit einem lauderen Ser-Schreien auf, ebenso die Schüler. Die jüngeren Genossen brachten schon viel schwierigeren Übungen und bemühten bei ihrem Rundreiten gute Veranlagung. Hier wußte der Verein wieder guter Nachzügler für die oberen Mannschaften heran. Dann folgten die Glangleistungen. Zunächst ein Ser-Einradreiten. Trotz des heißen Wetters, der Räder oft rutschen ließ, wurde feil und akkurat gefahren, obwohl die Übungen schwierigste Grade aufwiesen. Sehr viel Beifall fand vor allem aber das Gruppen-Rundfahren. Drei Genossen arbeiteten auf einem Rad. Geschicklichkeit, Mut und Kraft gehören zu dieser „Nummer“. Das alles ist schon heute nicht mehr so einfach zu erlernen, sondern es ist heute bereits in die Kunst der Berufsradfahrer über. Das ist nicht etwa ein Vorwurf sein, sondern damit soll nur dokumentiert werden, welche Gipfelleistungen der Verein vollbringt. Spannung brachte ein Radballspiel, das 1:1 verlief.

Nach der glatten Abwicklung des Programms ging es wieder mit Musik nach dem Vereinslokal, wo noch über dies und jenes gesprochen und die übrigen Veranstaltungen des Werbemonats erörtert wurden.

\* Der Preussische Meierlag ist heute in Halberstadt durch eine Landesverbands-Vorstandsversammlung eingeleitet worden. Eine ganze Anzahl von Delegierten und Gästen sind bereits eingetroffen. Die offizielle Delegiertenversammlung, die der auch die Behördendirektoren eingeladen sind, wird morgen, Sonnabend, um 15 Uhr, im Vaterland-Saal eröffnet. Diese Tagung ist öffentlich. Auch die am Abend 6.30 Uhr im Gasthaus veranstaltete Rundschau ist öffentlich. Der Bundesverband und Bundesvorsitzender werden die aus den Interzonen erscheinenden Vorträge halten.

## Die Rückkehr aus dem Jenseits

### Roman von Hans Schulze

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
Erst in der Dämmerung kam ihm Ruths Joke entgegen und berichtete, daß die gnädige Frau mit der kleinen Margot noch einmal zu ihrer Mutter hindübergegangen sei, aber in der achten Stunde wieder daheim sein werde. Roter reichte ihr Hut und Mantel und wandte sich dann durch den kleinen Speiseaal nach seinem Arbeitszimmer hinüber. Ein Berg von Briefschaften, die die Abendpost gebracht hatte, lag auf seinem Schreibtisch, doch er schob sie adios beiseite und ließ sich schwerfällig in einem Stuhl nieder.  
Nicht erst kam es ihm voll zum Bewusstsein, wie abgeplattet und müde er eigentlich war.  
Der Besuch bei Alstons war doch vielleicht eine zu starke Belastung für seine Nerven gewesen.  
Dann lag er lange und schaute nachdenklich in den Garten hinaus, aus dem der Wind zwischen eine Welle von Duft und Frische von den Blumenrabatten des Springbrunnens herübertrug. Vor fünf Jahren hatte er mit seiner jungen Frau in dies Haus seinen Einzug gehalten, das seitdem ein so reiches Glück für ihn umschlossen hatte.  
Roter war Ruth auf einer Ferienreise in Nordberney begegnet und, wenn er an jene Zeit zurückdachte, lag es über ihr wie ein sommerlicher Glanz von blauem Meer und strahlendem Himmel.  
Ruth war mit ihrer Mutter in dem gleichen Hotel wie Roter abgeblieben, und von der ersten Minute ihrer Bekanntschaft an hatte er nichts mehr gesehen als das schöne schlante Mädchen mit den hellen Augen unter der blonden Haartrone.  
Schon am Abend des dritten Tages hatte er sie gebeten, die Seine zu überqueren, wie ein Raubvogel war es einmal über den wasserabgewandten ersten Mann gekommen, der bis dahin nur seine Fabrik, den Dienst an seinem Vater gekannt hatte.  
Und in der Folgezeit war seine Liebe nur immer größer und tiefer geworden, hatte er allein für Ruth, im Gebanten an sie gelebt

\* Warnung vor einem neuen Manöver der R.G.D. in Halberstadt. Die R.G.D. macht in Halberstadt den Versuch, die Betriebsräte zu erfassen. Sie hat für heute eine Versammlung nach Delfering einberufen und persönliche Einladungen, unterzeichnet von Schäfer, zum Versammlungsgebot. Der Ortsausschuß des R.G.D. erklärt, daß er nichts mit der heutigen Betriebsräteversammlung der R.G.D. zu tun hat, und fordert alle seine Mitglieder auf, diese Versammlung zu meiden. Kein freige-werkschaftlich organisierter Betriebsrat darf an dieser Versammlung teilnehmen.

\* Sängerbund. In der kommenden Woche fällt die Lebnungs-funde des Frauendienstes bei guter Bitterung aus. Am Dienstag ist von 20 Uhr ab der Männer- und von 21 Uhr ab der gemischte Chor. Um 21 Uhr Vorstandssitzung. Der diesjährige Sonntagsspaziergang findet am Sonntag, den 3. Juli statt. Günstig wird auf das am Sonnabend, um 18 Uhr, stattfindende Fußballspiel Burgund-Braun-schweig auf dem Anger hingewiesen.

\* Zum Lieberabend des Sängerbundes am Montag im Fellen-feller. Wie an dieser Stelle schon einmal mitgeteilt worden ist, veranstaltet der Männerchor am Montag im Fellenfeller einen Lieberabend. Der Vorabend wird bei den anderen Lieber-abenden auch diesmal nur 20 Pf.

\* Kräfteauswechsellager. Wir machen auf das Wochenpro-gramm der Kraftauswechsellager, das in der heutigen Nummer unseres Blattes erscheint, aufmerksam. Hierbei möchten wir be-merken, daß wieder eine neue Fahrt geplant ist, und zwar nach dem „Falten“. Die Fahrt geht über Duedingens-Bollenstedt-Meisdorf nach dem „Falten“, wo ein längerer Aufenthalt auf einem Spaziergang nach der Burg „Falten“ und der Besichtigung dieser Burg einläßt. Die Karten zu den Fahrten sind im städtischen Ver-kehrsamte im Vorverkauf zu entnehmen, wobei wir nochmals dar-auf hinweisen, daß eine rechtzeitige Bestellung, d. h. für die Tages-fahrten, bis zum Vorabend um 18 Uhr und für die Halbtagessfahr-ten bis 12.30 Uhr eine Durchsicht der Fahrzeiten erforderlich, da bei unzureichender Bestellung solche nicht stattfinden können.

\* Beklagtes Aufbruchsurteil gegen Reichsbannerleute. Vom Halberstädter Schöffengericht waren die Reichsbannerleute Cohn und Tisch aus Magdeburg wegen schwerer Körperverletzung, Nötigung und Verletzung zum Weiblich zu 1 Jahr 9 Monaten und 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Gegen das Ur-teil war von den Angeklagten und der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, so daß sich die Halberstädter Große Strafkammer noch-mals mit der Sache zu befassen hätte. Die Staatsanwaltschaft nahm jedoch zu Beginn der Verhandlung über die Berufung Auf-stand. Es ist nicht leugnen, daß das Vergehen der beiden Ange-klagten in moralischer Hinsicht nicht in allen Punkten zu ver-urteilen ist. Trotzdem ist das Urteil gegen die beiden Angeklagten im Vergleich zu Nationalsozialisten, die viel schwerere Straftaten begangen hatten, als unerbittlich hart zu bezeichnen. Die beiden An-geklagten hatten in Inhaftung an einem Reichsbannerfest teilge-nommen und auf dem Rückwege nach Magdeburg einen Nazi, der freche Bemerkungen gemacht hatte, das Angeklagte fortgenommen und ihn verprügelt. Als sie dann später in den Verhaft der Zücher-straße kamen, haben sie die Fremden des Tisch und deren Mutter in Einzelzellen aufgeschlossen und verhaftet, sie zu einer falschen Aussage zu zwingen, indem sie ihnen sagten, sie sei an dem Tage bei ihm gewesen. Die Angeklagten haben aber dabei ausdrücklich die Aus-sagen vor der Polizei gemeint, wobei natürlich seine Verteilung zum Weiblich in Frage kommt. Aber auch das Berufungsgericht meinte ebenso wie das erste Gericht, daß die Angeklagten die Aus-lage vor Gericht gemeint hätten. Infolgedessen wurden die Be-urteilungen beider Angeklagten vermerkt. Nur bei Cohn wurde die Strafe auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus ermäßigt. Außerdem wurde der Haftbefehl für beide Angeklagte aufgehoben.

## Schimplen nützt nichts!

Wenn Du auf der einen Seite über die miserablen Lebensverhältnisse schimpfst, wenn Du dann aber doch gegnerische Zeitungen hältst und unterstützt — wo bleibt da die Konsequenz? Die Zeitung, die sich der Not der arbeitenden Bevölkerung annimmt, ist das Blatt der Sozialdemokratie, die **Harzer Volksstimme**

## Schimplen nützt nichts!

Wenn Du auf der einen Seite über die miserablen Lebensverhältnisse schimpfst, wenn Du dann aber doch gegnerische Zeitungen hältst und unterstützt — wo bleibt da die Konsequenz? Die Zeitung, die sich der Not der arbeitenden Bevölkerung annimmt, ist das Blatt der Sozialdemokratie, die **Harzer Volksstimme**

## Harzer Volksstimme

und gearbeitet und sich mit dem Einsatz seiner ganzen Kraft dem drückenden Zwangsmitteln entgegenzusetzen. Er hat die Augen offen gehalten und sich nicht von den falschen Hoffnungen verleiten lassen. Er hat die Augen offen gehalten und sich nicht von den falschen Hoffnungen verleiten lassen. Er hat die Augen offen gehalten und sich nicht von den falschen Hoffnungen verleiten lassen.

Da fragte er einmal ein roter, leiser Schritt, der Hand eines Kindes streifte seine Wangen.

Ruth stand vor ihm.

„Ruth!“

Er hatte sie auf seinen Schoß genommen. Wie eine Bergesstiel es ihm plötzlich auf die Seele, daß es heut ja der letzte Abend war, da er sie noch einmal in seinen Armen halten durfte.

„Ich habe mich bei meiner Mutter verplätzt“, sagte Ruth in seltem Glauben über eine stillerere Ereignisse. „Aber jetzt können wir sofort essen. Wirst du denn heute abend wirklich noch reisen?“

„Roter nicht.“

„Ja, Roter, ich habe mir auf zehn Uhr den großen Wagen bestellt. Ich möchte diese mondbleiche Nacht gern für die Fahrt aus-nützen. Dann bin ich morgen früh bereits am Meer!“

Ruth hatte ihn Kopf in seinen rechten Arm gelegt, ihr Bild suchte sie Gesicht, das schon ganz im Schatten war.

„Dann nimmst du mich eigentlich nicht mit?“ fragte sie mit seltem Vorwurf.

Er schaute beglückt.

„Ein andrer Mal, vielleicht in ein paar Wochen schon! Du weißt ja, ich treffe mich am See mit einem Herrn aus Hamburg, der sich für eine neue Erfindung von mir interessiert. Da darf uns niemand stören!“

Dann brach er kurz ab.

Er schaute sie ihm eine heisse Rote in die Stirn geflogen war; es war die erste Liebe, die er in seiner Ehe über die Lippen ge-bracht hatte.

Ruth war aufgesehen und strich ihr das Haar zurecht.

„Was mache ich Mutter, willst du für die Nacht weiter abwesend sein zu mir zu gehen? Ich kann die Einsamkeit nicht ertragen. Ich fürchte mich allein in dem großen Hause!“

Er armte in Arm traten sie in das Speisezimmer, in dem schon Licht brannte.

## Der Heuschnupfen.

Eine bössartige Krankheit — Was kann man dagegen tun?

Wahen Sie nicht, sehr verehrte Leserinnen und Leser, wenn Ihnen in diesen wärmenden Tagen auf der Straße begegnen, die un-aufhörlich niest, deren Nase und Augen gerötet, entzündet und ge-schwollen sind, und auf Sie vielleicht einen etwas komischen Einbruck machen. Es sind dies wahrlich recht bedauernde Menschen, denen der Vorlonner zur Laul wird und die alljährlich die herrlichen Tage, an denen die Fliederblüten welken und die Gräser der Wie-sen und des Getreides zu blühen beginnen, nur mit Schreien her-anrufen sehen.

Der Heuschnupfen ist keine fächerliche, sondern eine durchaus ernst zu nehmende Erkrankung, die nicht zellig auf Nase und Augen be-gränzt ist, sondern bei der es sich um eine allgemeine Vergiftung des Organismus mit dem „Pollen-eiweiß“ handelt. Daher ge-hören denn auch zum Bild des Heuschnupfens allgemeine Störungen, wie heftige Kopfschmerzen, Abgeschlagenheit, allmähliche Abnahme der Leistungsfähigkeit und dergl. mehr. Unter Umständen können die Beschwerden derartig hart werden, daß die Kranken während der Heuschnupfen-ihre berufliche Tätigkeit sogar unterbrechen müssen. Wenn eben gesagt wurde, daß es sich bei dem Heuschnupfen um eine allgemeine Vergiftung des Organismus mit Polleneiweiß han-delt, so liegen die Dinge so, daß für die Mehrzahl der Menschen die dringenden Samen der blühenden Gräser und des Getreides, die Pollen, gänzlich unbedenklich sind. Krankeitserscheinungen sind jedoch für eine bestimmte Gruppe überempfindlicher Personen, bei denen sie die gefährlichsten Erscheinungen auszulösen vermögen.

Der Heuschnupfen greift also in die Gruppe der sogenannten Überempfindlichkeitskrankheiten, zu denen auch das Asthma, die Nesseltätigkeit und eine Reihe anderer Leiden gerechnet werden. Die Pollen ist nicht gewöhnlich die Eingangspforte der Krankheit, aber das Gift bleibt nicht auf die Nase und ihre Umgebung be-schränkt, sondern bringt in das Blut ein und ruft auf diesem Wege Allgemeinerkrankungen hervor.

Künstlich vermag man bei einem pollenüberempfindlichen Men-schen durch Einprägungen von Pollengift unter die Haut zu jeder Jahreszeit sofort einen typischen Heuschnupferanfall auszulösen. Das Wesen der Überempfindlichkeit selbst ist noch keineswegs geklärt. In einer Reihe von Fällen scheint Vererbung eine Rolle zu spielen, denn häufig wird der Krankheitsfall in Familien, die von väterlicher oder mütterlicher Seite mit Pollenkranken die eine oder andere Überempfindlichkeit vorgekommen ist.

Recht interessant ist die Statistik des Heuschnupfens. Männer und Frauen werden gleichmäßig häufig befallen; Kinder und alte Leute nur ausnahmsweise. Stadtbewohner erkranken häufiger als die Landbevölkerung, und von den Städtern haben wiederum mehr die geistlichen Arbeiter als die Industrie- und Arbeiter unter Heuschnupfen zu leiden.

Ein sehr wirksames Mittel, um sich gegen das Auftreten der An-fälle zu schützen, ist die rechtzeitige Einnahme des Pollenüberempfind-lichkeitsvaccins, das in Form von Tabletten und Kapseln, das seit neuem häufiger als auch durch Einnehmen der Einprägungen von Mutt der Überempfindlichkeit herabzusetzen; und schließlich ist auch in nicht wenigen Fällen die aktive Schimpfung gegen Heu-schnupfen recht wirksam.

\* Wieder zwei Fahrräder gestohlen. Gestern mittag wurde ein vor einem Hause am Martinplatz aufgestelltes Herrenrad, Marke Venus, Nr. 0161 608, mit schwarzem Rahmen, drei schmale Gold-felien mit fünf, schwarzen Felgen mit grünen Streifen, englischen Reifen, brauner Lederhandtasche und braunem Sattel, das fast neu war, gestohlen, obwohl das Hinterrad angegeschlossen war. — Später früh um 7.30 Uhr wurde einem Bekleidungsstand das Fahrrad, das vor einem Hause in der Begeleber Straße stand, gestohlen. Es handelt sich um ein Rad der Marke „Harmonia“ Nr. 12231, mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, deutschem Lenker, Gepäckträger über dem Hinterrad, grauem Mantel vorn und rotem Mantel hinten, entwendet.

\* Wen gehört das Rad? Belegentlich einer Razzia stellte die Polizei ein Rad fest, das um die Weihnachtszeit des Jahres 1931 auf dem Paulsplan gefunden sein soll. Es handelt sich um ein Rad der Marke „Dionysia“. Es ist anzunehmen, daß das Rad aus einem Diebstahl herrührt. Der Eigentümer wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

\* Ermittelt ist der Chauffeur des Autos, das vor kurzer Zeit einen Verkehrsunfall über überfuhr. Auch der Chauffeur, der sich um den Verleuten bemühte, hat sich bei der Kriminalpolizei gemeldet, so daß der Fall nun geklärt werden kann.

Roter sah sich über den Tisch.

„Sagte Sie Get, alt!“ beschaf er dem aufwartenden Mädchen.

„Und geben Sie die Gläser heraus!“

Ruth sah verunndert auf.

„Das wird ja so feilich heute!“

„Wir wollen Abschied feiern.“ sagte er mit erkünstelter Heiter-keit und geleitete sie zu ihrem Platz.

„Ist Margot schon zu Bett?“ fragte er, als das Mädchen jetzt die Platte mit den frischen Spargeln reichte.

„Ja, sie war vorher so müde, daß sie mir beim Ausziehen ein-schlief.“

„Sie hat bei Großmutter den ganzen Nachmittag im Garten gespielt.“ warf Ruth einflüsternd ein. „Du kommst nachher ja noch einmal zu ihr gehen!“

Dann kam der Sekt und Roter hob sein Glas.

„Auf glückliche Wiederkehr!“ sagte er und erblünte sich in die-mem Augenblick fast wie ein Betrüger. —

Draußen auf den Rosenkätzungen des Gartens lag schon das traumhafte Hellbunt der sinkenden Linnadnacht.

Durch die weitoffene Terrassenheit sah das Sternbild eines schmalen Himmelsstreifens tief herein.

Es war märchenhaft, nur ein Bogel fragte zuweilen aus tiefem Schlaf schlüpfen nach dem Morgen. —

„Wollen wir noch einmal durch den Garten gehen?“

Roter hatte sein Glas niedergelegt und bot Zigaretten an.

Ruth nickte dem Mädchen.

„Räumen Sie den Tisch ab und bringen Sie den Wein auf die Terrasse heraus!“

Dann ließ sie wie ein übermüdetes Kind die Treppe hinab.

„Ist das schon heut nacht!“ rief sie gerad. „Du wirst eine wundervolle Fahrt haben!“

Es aneinander geschmiegt gingen sie einen verschwiegenen Gedächtnispaar zum Springbrunnen hinüber.

Der Mond war herausgetreten, wie eine riesige blutrote Scheibe hing er über dem Gipfelraum des Stadtparks.

Dunkler schrittete sich die Parkfläche in einsamer Ruhe, von dem blauen Licht der Bogenlampen wie durch ein feines Gemise von bläulichem Licht geheimnisvoll verflücht. —

„Morgen abend, wenn der Mond über die See aufgeht, mußst du an mich denken!“ sagte Ruth. „Ich werde es auch tun, dann begegnen sich unterwegs unsere Gebanten!“







## Abbau der Arbeitslosenhilfe.

In den offiziellen Erläuterungen, die der Notverordnung der Regierung Papen-Schleifer beigegeben sind, wird die finanzielle Lage im Arbeitslosenhilfe folgen demnach festgestellt: Es liegt im Jahresdurchschnitt mit 5.950.000 Arbeitslosen zu rechnen, von denen nach der jetzigen Rechtslage 1.250.000 auf die Arbeitslosenversicherung, 1.800.000 auf die Krankenversicherung, 1.250.000 auf die Wohlfahrtspflege und 750.000 auf die Nichtunterstützten entfallen. Die hierzu nötigen Unterhaltungsleistungen würden einen Gesamtaufwand von 3,577 Milliarden Mark erfordern. Dies ist eine halbe Milliarde Mark mehr als im Vorjahr. Da dies untragbar sei, müsse der Mehrbetrag auf der Ausgabe Seite eingespart werden.

Diese Ersparnisse sollen folgendermaßen durchgeführt werden: In der Arbeitslosenversicherung sollen die Unterhaltungsleistungen um durchschnittlich 23 Prozent gesenkt und nach schrittweiser Begradigung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, wodurch sich eine Ersparnis von 188 Millionen Mark ergibt. In der Krankenversicherung soll unbedeutend die Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt und außerdem die Unterhaltungsleistungen um durchschnittlich 10 Prozent gesenkt werden. Des weiteren sollen in der Krankenversicherung die um 15 Prozent gesenkten Sätze der Wohlfahrtsunterstützung als Höchstsätze eingeführt werden; Ersparnis = 67 Millionen Mark. In der Wohlfahrtspflege ist ebenfalls eine Unterhaltungsleistung um durchschnittlich 15 Prozent vorgesehen, durch die 188 Millionen Mark erspart werden sollen. Die Gesamtersparnis beträgt also 820 Millionen Mark. Nach der vorgesehenen Kürzung würden sich die Arbeitslosen ab dem folgenden Jahr verteilen: Auf die Arbeitslosenversicherung würden 1.170.000, auf die Krankenversicherung 1.745.000 Millionen, auf die Wohlfahrtspflege 1.250.000 Millionen und auf die Nichtunterstützten 885.000 entfallen.

Die praktischen Auswirkungen dieser Maßnahmen werden ungenügend sein. Wenn die Leistungen einer Versicherung nach einer so geringfügigen Bezugszeit von 6 Wochen von dem Anspruchswilligen Mittellosigkeit — und nichts anderes bedeutet die Prüfung der „Hilfsbedürftigkeit“ — abhängig gemacht werden, wenn dies weiterhin die Höhe auf dem Niveau gesenkt werden, das erheblich unter dem Niveau des bisherigen Arbeitslosenhilfes liegt und dem zukünftigen Satz der Wohlfahrtspflege nicht mehr übersteigt, so ist diese Versicherung damit praktisch zerfallen. Die Arbeitslosenversicherung, diese heißt unempfindlich und vieleicht wichtige soziale Erzeugnisse der Nachkriegszeit ist zerstört. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Nach sechsmonatigem Bezug für den Empfänger „versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung“ nicht mehr anders gefehlt, als der Wohlfahrtsunterstützung, denn abgesehen vom höchsten Lebensanpruch führt ja die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und das in ihr vorgesehene Anrechnungsvorgehen praktisch zu einer völligen Abschüttelung der ursprünglichen nach den Wohlfahrts berechneten Sätzen auf die Höhe der für kurze, nur mit dem Unterschied, daß in den unteren Lohnklassen diese Sätze deutlich niedriger erreicht werden dürfen. In Wirklichkeit wird also der größte Teil des Beitragsaufkommens der Arbeitslosenversicherung, das nach dem bisherigen 65prozentigen Beitrag erheblich jährlich immer noch auf 1.088 Millionen Mark geschätzt wird, dem Versicherungsamt entzogen und zur Deckung von Fiktoreleistungen verwendet.

Was die durchschnittliche Kürzung der Arbeitslosenunterstützungsätze um 23 Prozent praktisch bedeutet, mögen folgende Zahlen beweisen: Bisher betrug der durchschnittliche Unterhaltungslohn pro Kopf und Monat in der Arbeitslosenversicherung 4,24 Mark, wovon 4,24 Mark Sozialbeiträge abgingen, so daß ein Nettolohn von 48,76 Mark pro Kopf und Monat übrig blieb. Bei einer 23prozentigen Senkung wird dieser Nettolohn noch 37,34 Mark betragen.

Die Krankenfürsorge, deren Sätze für die Arbeitslosenversicherung übernommen werden, wird durchschnittlich um 10 Prozent gesenkt. Praktisch wird die Senkung der Sätze nicht weitergehend sein, weil durch die Einführung des Begriffs der „Hilfsbedürftigkeit“ (im Sinne der kommenden Fürsorge) anstelle der bisherigen milderen Bedürftigkeitsprüfung die Sätze weiter niedriger werden und so außerdem die gleichfalls um 15 Prozent gesenkten Wohlfahrtsätze nicht mehr übersteigen dürfen. Da die Höchstsätze als Höchstätze vorgesehen sind, wird die tatsächliche Kürzung in zahlreichen Fällen erheblich unter diesem Satz liegen. Ausgangspunkt der Unterhaltungsätze für alle drei Einrichtungen ist also schließlich die Wohlfahrtsunterstützung, die, wie schon bemerkt, gleichfalls um 15 Prozent gesenkt wird.

Damit ist die Unterhaltung der Arbeitslosen auf einem Niveau angedeutet, das tiefer liegt als jemals seit der Demobilisierung. Den 6 Millionen Arbeitslosen, mit denen die Regierung rechnet, wird wohl nie überhaupt unterstellt werden, alle in falls die Armenpflege der Vorkriegszeit zuteil. In welchem Geist diese Armenpflege durchgeführt werden soll, beweist typisch die Bestimmung der Notverordnung, die die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit den Gemeinden überträgt. Es wird nämlich dort vorgeschrieben, daß, soweit die Hilfsbedürftigkeit durch die Gemein-

den ermittelt wird, der Vorbehalt des Arbeitsamtes an diese Beurteilung gebunden bleibt, daß er aber nicht an sie gebunden sei, so wie die Hilfsbedürftigkeit bejaht wird. Es kann demnach das Arbeitsamt die Unterfertigung auch dann verweigern, wenn selbst die Gemeinde nach ihrer wahrhaftig bis ins Letzte gegebenen Prüfung die Bedürftigkeit anerkannt hat.

Mit diesem ungeheuren Leistungsabbau nicht genug. Die durch ihn erzielten Ersparnisse von 820 Millionen Mark — sie vermehren der Gehältern Gesamtaufwand um 3.930 Millionen Mark. Da aber die Gemeinden entlastet werden sollen und ihr Anteil an den Gesamtaufwand auf 680 Millionen Mark beschränkt werden soll, da das Reich seinerseits über den Reichszulufuß von 867 Millionen Mark nicht hinausgehen will, und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung insgesamt 1.088 Millionen Mark einbringen, besteht nur eine Deckung für insgesamt 2.680 Millionen Mark. Die nunmehr noch fehlenden 400 Millionen Mark sollen daher durch Einnahmehöherungen bestritten werden. Was ist natürlicher, als daß auch diese neuen Lasten einzeln auf die Arbeitsnehmer gelegt werden. Die unter der Regierung Brüning bereits in milderer Form geplante Beschäftigungssteuer wird unter dem Namen „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ in Lohnungsloseteuer Form eingeführt. Der Abgabe unterliegen alle Lohn- und Gehaltsempfänger, sowie Empfänger von Ruhegeld, oder ähn-

lichen Bezügen einschließlich der Beamten. Die Abgabe beträgt bei einem Monatsgehalt bis zu 125 Mark 1,5 Prozent, bis zu 300 Mark = 2,5 Prozent, bis zu 700 Mark monatlich für die ersten 5,75 Prozent, bis zu 3.000 Mark monatlich 5,75 vom Gesamteinkommen und über 3.000 Mark = 6,5 Prozent vom Gesamteinkommen. Soweit diese Abgabe die arbeitslosenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer trifft — und sie trifft ja überwiegend gerade diese — handelt es sich praktisch dabei um nichts anderes, als um eine Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, allerdings eine Beitragserhöhung, an der der Arbeitgeber nicht beteiligt wird. Für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, deren Gehalt oder Lohn auf Grund der früheren Notverordnungen zu kürzen war, beträgt die Abgabe nur 1,5 Prozent. Die Lohnsteuer geht in der Höhe zur Arbeitslosenhilfe auf. Durch diese denkbar unsoziale Steuer sollen die fehlenden 400 Millionen Mark in den noch verbleibenden 9 Monaten des Rechnungsjahres 1932 herbeigeholt werden.

Diese Darstellung gibt nur einen Teilanschnitt aus den zahlreichen rücksichtslosen Maßnahmen, mit denen die Arbeitslosen das Schicksal der mittellosen Bevölkerungsgeschichten eingreift. Kein ernsthafter Versuch der Arbeitsbeschaffung mildert den niederstimmenden Eindruck, den diese Gewalttat auf die Arbeitslosen machen muß. Nur die für den freimütigen Arbeitseinsatz eingehenden 20 Millionen Mark sollen ertönen, welche Art von Arbeitsbeschaffung der Regierung besonders am Herzen zu liegen scheint.

## Tagung der Arbeitsopfer.

Am 3. Verhandlungstag gab zunächst der 2. Verhandlungsvorsitzende Kollege Gähler-Berlin den

In der

### Vermögensverwaltung

des Verbandes hat der Verbandsvorstand alles getan, um langsam und ordentlich zu wirtschaften. Mit aller Offenheit ist stets Auskunft über das Vermögen und die Vermögensverwaltung des Verbandes gegeben worden. Auch auf diesem Verhandlungstag ist von dieser Regel nicht abgewichen. An der Tätigkeit und finanziellen Festigung des Verbandes hat die freie Mitgliederführung der Verbandsfunktionäre mitgewirkt. In der nächsten Zeit werden wir im allgemeinen alle Kräfte setzen. Für uns heißt das, höchste Verantwortung zu tragen. (Stürmischer Beifall.)

Am Anschließung daran gab Kollege Dorbe-Oberhausen den Bericht des Verbandsausschusses und der Revision. Er konnte von einer mustergetreuen Geschäftsführung der Verbandskasse berichten. Den Bericht der Organisationskommission gab der Kollege Matthes-Berlin.

In der anschließenden Diskussion über den Organisationsbericht und über den Kassenbericht sprachen die Kollegen Wagner-Breslau, Köhler-Essen, Schürmann-Hamburg, Roffen-Büdingen, Hint-Mühlheim, Wortelmann-Dortmund, Dreher-Freiburg, Rohde-Potsdam, Brenner-Köln, Mackenrodt-Weimar, Dörner-Sittquart, Schell-Frankfurt, Rohde-Berlin, Matthes-Kassel, Dörnenburg-Oberhausen. In der Diskussion wurde in der Hauptsache die Frage der Ertelstellung des Verbandsbeitrages, der Funktionärerhaltung und der Agitation sehr ausführlich behandelt. Die Diskussion erbrachte den Nachweis, daß in allen wichtigen zur Beratung stehenden Fragen die Delegierten den Standpunkt des Verbandsvorstandes teilen.

Am 4. Verhandlungstag sprach der Reichstagsabgeordnete Kurt Heinig-Berlin über

### „Wirtschaftsnot und Sozialversicherung“.

Er wies darauf hin, daß die Sozialversicherung im Mittelpunkt des reaktionären Antiruntes steht. Es scheint, als ob am Anfang eines Umwälzungen in der Stellung des Staates zur Wirtschaft und Sozialpolitik stehen.

Die härteste Leistung der neuen Regierung bestand bislang in Aufzusehen. Jetzt kommt sie auch zu Latein, und zwar zu sehr reaktionären Taten. Der Ausdruck der Regierung von dem deutlichen Wohlfahrtsstaat ist die schlimmste Beilegung für das Heer der Hilfsbedürftigen in Deutschland. Was wir in den letzten Jahren hatten, war noch lange kein Sozialstaatsverfall. Der Staat hat sich um das Wohlfahrts aller Reichsangehörigen zu kümmern. Bei der Sanftmütigkeit allerdings hat der Grundbesitzer geberht, daß — jeder so viel bekommt, wie er erfordert hat. Die Unternehmer fragen allgemein über die sozialen Lasten, aber sie alle tun nichts anderes, als diese sogenannten Lasten in die Preise einzufaktulieren. Die ganze Entlastung der letzten Jahre ist nichts anderes gewesen, als eine Spekulation der privaten Unternehmer auf Profit und Rente, irgend eine wirtschaftliche Verunft, irgend ein Sinn für das Volkswohl war dabei nicht vorhanden. Der wirtschaftliche Zusammenbruch mußte kommen. Der Referent wies darauf hin, daß die heutige Reichsregierung der Regierung Brüning den Vorwurf mache, daß sie die Reichsfinanzen nicht in Ordnung gehalten hätte. Der heutige Reichsfinanzminister, der bis jetzt Ministerialdirektor war, hatte aber noch vor kurzem mitgeteilt, daß am Ende des letzten Rechnungsjahres die Schulden nicht höher seien, als am Anfang des Rechnungsjahres. Die

Angesetzter gegen die sozialen Leistungen wissen nicht was sie tun. Was an den Renten herumergenommen wird, geht an der Kaufkraft und damit am Einkommen der Handwerker und Kaufleute ver-

### Organisationsbericht.

In den letzten drei Jahren konnten rund 1200 neue Ortsgruppen gegründet werden.

Die Mitgliederzahl ist von rund 262.000 im Jahre 1928 auf rund 325.000 im Jahre 1931 angewachsen.

Gauppensprechend der ganz bedeutend angewachsenen Aufgaben und Arbeiten ist auch die Propagandaarbeit und die Bildungsarbeit an den Verbandsfunktionen ganz außerordentlich gesteigert worden. Die Kampfpromaganda hat sich als außerordentlich gut bewährt. Einen fester Ausbau hat in der Berichtszeit auch die Verbandszeitung erfahren. Es wurde von 8 auf 12 Seiten ausgebaut. Die Auflageziffer stieg von Januar 1929 bis zur heutigen Zeit auf 360.000 auf 400.000. Die Auflage des Mitteilungsblattes für die Verbandsfunktionäre stieg in der letzten Zeit von 9000 auf über 11.000.

Bei der Auseinandersetzung mit unseren Gegnern hat die Frage

der politischen Einfließen des Verbandes eine große Rolle gespielt. Wir halten auch jetzt an der parteipolitischen Neutralität fest. Wir lehnen jede parteimäßige Bindung ab, folgen uns daher auch zur Wehr gegen alle Verfassungen, die unsere Unabhängigkeit irgendwie bedrohen. Die Gegner der Organisation benutzen die heutigen Schwierigkeiten, um mit den härtesten Verleumdungen und demagogischen Angriffen gegen sie vorzugehen. In diesem Kampf konzentrierten der Internationale Bund und in der letzten Zeit auch die Nationalsozialisten miteinander. Die Nationalsozialisten haben keine Ursache, sich als die Freunde der Sozialrentner aufzuspielen. Sie haben doch schon oft genug zum Ausdruck gebracht, daß sie grundsätzliche Gegner der Sozialpolitik sind.

In der heutigen Zeit der schlimmsten Krise kommt es mehr als je darauf an, in treuer Kameradschaft zusammenzufassen, mitzukämpfen für die Erhaltung der politischen und sozialen Grundlage unserer Verbandsarbeit und in enger Kampferbundenheit aller Arbeitslosen in den Weg zur Freiheit und Gerechtigkeit zu beschreiten. (Stürmischer Beifall.)

Den

### Kassenbericht

gab der Verbandskassierer Kollege Matthes-Berlin. Der Verband hat sich nicht nur in organisatorischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht glänzend gehalten. Die Verbandsfinanzen sind auch in der heutigen Krisenzeit als durchaus gesund zu bezeichnen. Eschlüsslerständig sind in der Krisenzeit die Ausgaben des Verbandes angewachsen. Die Verbandszeitung wurde ausgebaut, Rechtschuttmaterial und Referentmaterial wurden in größerer Auflage den Funktionären zur Verfügung gestellt. Eine Reihe von besonderen Konferenzen sind abgehalten. Eine günstige Entwicklung hat die Verbandskassierbetriebe genommen. Die Ausgaben der Sterbetafel sind ständig gesunken. Das Vermögen der Sterbetafel ist zwar gesunken, trotzdem kann dem vielfach geäußerten Wunsch nach Erhöhung der Unterhaltungsleistung nicht Rechnung getragen werden, weil gerade in der letzten Zeit die Sterbetafel immer härter beansprucht wird. Der Rentenausschuss wirkt sich offensichtlich in einer erhöhten Sterbeziffer aus. Besonders wichtig ist die Funktionär-Unterhaltungsstelle des Verbandes. An vielen Fällen hat sich diese Einrichtung ganz außerordentlich bewährt. Eine lang gehegte Absicht, eine Angehörigen-Unterhaltungsstelle einzurichten, wurde in der Berichtszeit durchgeführt.

## Roth kämpft....



Vorstandsvorsitzender Merkel spricht: „Vorgeht das Treibeisopfer nicht!“



Freund Meckerviel macht wieder Zicken Der Fünge will sich sicher drücken!



Zum Kampf rüft Roth: „Fort mit dem Nein!“ Was wird wohl morgen fällig sein?!



# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** monatlich 1.80 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Gefragt unbedingt ledigmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Beilage: Halberstädter Tageblatt, Post-Verlag G. m. b. H. Verantwortlich für Inhalt und Wirtschaft: H. B. Rindermann, für den letzten Teil Wilhelm Rindermann, für Werbung und Zentrale Karl Trefft, sämtlich in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die abgetheilte Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Belegzeit 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wöchentlich ist bei der Zahlung vorliegende letzte Forderung für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Buchdruckerei Magdeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 140

Freitag, den 17. Juni 1932

7. Jahrgang

## Die ersten Besprechungen.

Macdonalds Eröffnungsrede. — Papen bei Macdonald und Herriot. — Zahlungspause soll kommen.

Lausanne, 16. Juni. (Eig. Draht.)

Um 10 Uhr heute vormittag fand im würdig ausgeschmückten Festsaal des Hotel Beau Rivage die feierliche Eröffnungsfeier der Lausanner Konferenz statt. Macdonalds Programmrede zeigte deutlich, daß sich der Stoff der Beratungen auf Reparationen und Weltwirtschaftsfragen beschränkt wird. Sie gab die Bereitschaft der Gläubigerländer zu verstehen, auch unter Opfern auf Zahlungen Deutschlands zu verzichten, auch unter der Bedingung, daß die Reparationen in Form der Währungsreform auf eine politische Angelegenheit auf, die wohl hauptsächlich ein Recht Deutschlands darstellen soll, für eine bestimmte Zeit auf jede Reparationsfrage zu verzichten.

Sofort zu Beginn der Sitzung schlug Herriot im Namen der einladenden Länder vor,

Macdonald zum Präsidenten der Konferenz zu wählen; unter starkem Beifall erfolgte die Wahl einstimmig. Seine große Programmrede begann Macdonald mit der Feststellung, die Augen der ganzen Welt seien wie niemals zuvor auf diese Konferenz gerichtet in der Hoffnung auf Verständigung zur Beendigung der Krise. Man sehe nahe vor einer Weltkatastrophe. Nichts sei kleiner als die Welt, nichts geringer als ein Egoismus, das rundum zusammenstürze. In dieser Krise seien Frankreich, Italien, Deutschland, Amerika, England nicht von Welt der Welt ausgeschlossen. Habe man jedoch eine Welt erreicht, die gesunde Wirtschaftsförderung verleiht, so müsse die gleiche Verantwortung unmissverständlich und ohne Hörgern zu befragen führen und zur Verpflichtung, den Preis zu zahlen, den die Welt von den Leistungen der Sieger zu zahlen, den Übergang, die finanzielle Erbschaft des Krieges, soweit sie Rückwirkung auf die Weltwirtschaft habe, müsse man zu einer Verständigung kommen. Macdonald unterließ die Feststellungen der Botschafter und Genfer Sachverständigen-Gutachten, die eine rasche Lösung der Reparationsfrage als unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung

bezeichnet haben. Es handelt sich nicht nur um ein technisches, sondern um ein Problem weitest Prinzipien. Ein Prinzip dränge sich allen Teilnehmern auf, nämlich daß Verpflichtungen nicht einseitig auferlegt werden können.

Wenn aber Zahlungsunfähigkeit vermieden werden sollen, so müsse durch Verständigung festgestellt werden, daß alle Verpflichtungen auszuföhren geworden seien. Bei jeder Verhandlung müsse jede Partei den Tatsachen Rechnung tragen.

Unter diesen Umständen handele es sich nicht nur um die Feststellung, ob eine unerträgliche Last ausgesetzt hätten, sondern auch, in welchem Maße sie durch ihre wirtschaftliche und finanzielle Schwäche zu dem betagten Zustand der heutigen Welt beigetragen hätten.

Die Arbeit der Konferenz müsse auch die Einflüsse umfassen, die an der Gestaltung der Welt mitwirkten. Europa könne hierin nicht allein handeln und man müsse die Verpflichtung begründen, daß nach Beendigung der jetzigen Phase der Welt die Vereinigten Staaten die Konferenz ermutigt hätten zum Glauben an ihre Mitarbeit an einigen der größten Probleme. In Lausanne könne kein voller Erfolg möglich sein ohne den Erfolg der Weltkonferenz. Es gelte eine Verlobung der bürgerlichen politischen Ämter heraufzuführen, in der die Welt nach Regelung ihrer Angelegenheiten nicht mehr durch die Furcht vor Krieg und Kriegsgewalt bedroht werden könnten. An einem Punkte der Konferenzverhandlungen werde vermutlich diese Frage angepaßt werden müssen. Die Welt wartete sehr darauf, selbst unter großen Opfern heroisch dem Rufe der Konferenz zu folgen. Er sehe daher die Konferenz an, nichts zu fürchten außer der Schwäche. (Stürmischer Beifall.)

Die Konferenz wählte einstimmig Sir Hankey zu ihrem Generalsekretär. Heute nachmittag wird eine erneute Beratung der sechs einladenden Mächte das Arbeitsprogramm für die erste Arbeitssitzung morgen fest aufstellen.

### Verlängerung des Moratoriums.

Der Entwurf einer Entschließung.

Paris, 17. Juni. (Eig.) Die Welt Pressen und das „Echo de Paris“ aus Lausanne melden, haben sich die französische und die englische Delegation über einen von Sir Hankey Simon ausgearbeiteten Entschließungsentwurf geeinigt, der der Konferenz zur Annahme empfohlen werden soll. Der Entwurf ist von den Franzosen und Engländern bereits am Donnerstag dem Reichskanzler von Papen sowie den Vertretern Italiens, Belgiens und Polens unterbreitet, während die übrigen Delegationen am Freitag von ihnen in Kenntnis gesetzt werden sollen.

Nach dem Welt Pressen hat von Papen ihn noch nicht unterzeichnet, aber man glaubt, daß die deutsche Delegation sich seiner Annahme nicht widersetzen werde. Er umfaßt eine knappe



Die Delegationsführer im Schloßhotel von Dufay.

Von links nach rechts: Reichsaussenminister von Neurath, der italienische Finanzminister Masconi, Reichskanzler von Papen, der englische Premierminister Macdonald und der französische Ministerpräsident Herriot.

Schreibmaschinenseite und besteht aus 7 Paragraphen. Die wichtigste Bestimmung lautet nach dem „Welt Pressen“: Angeföhrt des Erstes der wirtschaftlichen Lage der Welt und der Dringlichkeit, in einer möglichst kurzen Frist eine Lösung zu finden, und um als Endziel eine allgemeine Verständigung zu erreichen, die die Mächte, daß die Welt durch die Weltwirtschaftliche Krise zu leiden hat, die Weltwirtschaftliche Krise zu beenden, die Weltwirtschaftliche Krise zu beenden, die Weltwirtschaftliche Krise zu beenden.

Der „Welt Pressen“ zufolge einer Annahme kommen während die Weltwirtschaftliche Krise zu beenden, die Weltwirtschaftliche Krise zu beenden, die Weltwirtschaftliche Krise zu beenden.

Das Echo de Paris zufolge einer Annahme kommen während die Weltwirtschaftliche Krise zu beenden, die Weltwirtschaftliche Krise zu beenden, die Weltwirtschaftliche Krise zu beenden.

### Besuche

Lausanne, 16. Juni. (Eig. Draht.) Wieder haben am Donnerstag nachmittag die sechs einladenden Mächte eine vertrauliche Besprechung abgehalten, die dem Programm der ersten Vollversammlung vom Freitag galt. Zunächst werden die Sitzungen vertraulich bleiben, bis ein gewisser Ausgleich zu übersehen ist. Später wird dann die erfolgte Verständigung in öffentlichen

Sitzungen dargelegt und beschlossen werden. Bezeichnend ist die offizielle Feststellung, daß keinerlei fertiges Projekt bisher vorhanden sei und alle Vorschläge angeföhrt durch die ausgesprochenen Form gewinnen sollen. Als Programm für Freitag wurde vereinbart, daß zuerst der deutsche Reichskanzler eine ausführliche Darstellung der deutschen Auffassung geben wird. Nach ihm werden Herriot, der englische Finanzminister Chamberlain, Grandi und ein Mitglied der Reihe nach sprechen. Die Generaldebatte soll bereits am Freitag zum Abschluß gebracht und die Einzelberatung am Samstag in Angriff genommen werden. Reichskanzler von Papen berichtete der deutschen Presse über seine am Donnerstag stattgefundenen Besuche bei Herriot und Macdonald. Zwei dieser Besuche sei die Darstellung der innerpolitischen Lage Deutschlands, insbesondere der letzten Ereignisse gewesen, die zur Bildung seines Kabinetts und dessen ersten Handlungen geführt hätten. Ferner habe er die innen- und außenpolitischen Ziele seiner Regierung ausführlich dargelegt, damit, wie er ausdrücklich betonte, kein Zweifel darüber bei den Herren bestände. Er erklärte sich bereit, über seine freundliche Aufnahme Außenminister von Neurath stellte mit den Engländern seine Londoner Besprechungen fort und nahm teil bei Herriots Gegenbesuch beim Reichskanzler. Herriot habe, wie Neurath erklärte, weitgehendes Verständnis für Deutschlands Schwierigkeiten gezeigt, wieweil er aber in der Lage sein werde, bei der Einlösung Deutschlands entgegenzukommen, lasse sich noch nicht sagen. Im übrigen setzten sich die gegenseitigen Besuche der Delegationsführer den ganzen Tag über fort. Herriot und Macdonald, die einer privaten Mitteilung zufolge von dem am Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen teilhaftig waren, so gewichtigen Eindruck hatten, empfingen ihre Presse nicht.

### Frankreichs Presse zur Konferenz.

Paris, 16. Juni. (Eig. Draht.) Der nationalfranzösische „Temps“ schreibt zu der Eröffnung der Lausanner Konferenz: Entweder wird die Konferenz scheitern, was für die ganze Welt sehr ernst sein würde, oder sie wird sich den wahren Möglichkeiten des Augenblicks anpassen. Diese scheinen in einem provisorischen Moratorium von kurzer Dauer zu bestehen, das es erlauben soll, die technische Prüfung der Lage durch eine Studienkommission vornehmen zu lassen, die die Reparationsfrage im Rahmen der wirtschaftlichen Reorganisation Europas behandeln